

Peters-Berries, Christian

Research Report

Simbabwe 2000: Zwischen Aufbruchkrise und Abstiegsangst

SWP-Studie, No. S 4/2001

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Peters-Berries, Christian (2001) : Simbabwe 2000: Zwischen Aufbruchkrise und Abstiegsangst, SWP-Studie, No. S 4/2001, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252369>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Christian Peters-Berries (ext.)

Simbabwe 2000: Zwischen Aufbruchkrise und Abstiegsangst

**Nachweis in öffentlich
zugänglichen Datenbanken
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in
Auszügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
der SWP gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2001

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für Gestaltung
und Realisierung
Buchendorf

Inhalt

Problemstellung und Empfehlungen 5

Die Ausgangsbedingungen der Krise 7

Koloniales Erbe 7

Politische Entwicklung 1980–2000 8

Wirtschaftliche Entwicklung:
vom regionalen Hoffnungsträger
zum Investitionsrisiko 12

Soziale Entwicklung 1980–2000 15

Von Problemen zur Krise 18

Die Zuspitzung der wirtschaftlichen Krise 18

Politische Krisenzuspitzung 22

Wahlen in der Krise: weder frei noch fair, aber mit akzeptablem Ergebnis 27

Die Bedingungen für die Parlamentswahlen 27

Die Wahlkampfstrategie der Regierung 28

Die Wahlen 31

Das Wahlergebnis und seine Folgen 34

Das Ergebnis 34

Konsequenzen für ZANU-PF 35

Konsequenzen für MDC 41

Regionale Auswirkungen 43

Szenarien 46

Das Niedergangsszenario 46

Das »Am-Ende-wird-alles-gut«-Szenario 49

Abschließende Bewertung 50

Handlungsoptionen für EU und Bundesregierung 53

Abkürzungsverzeichnis 54

Simbabwe 2000: Zwischen Aufbruchkrise und Abstiegsangst

Simbabwe hat sein Image als Hoffnungsträger Afrikas schon lange verloren. Während fast alle Staaten südlich der Sahara in den 90er Jahren einen Prozeß der Demokratisierung durchliefen und einige von ihnen Fortschritte in wirtschaftlicher Strukturanpassung vorweisen konnten, taumelte der einstige Vorzeigestaat von einer Misere zur nächsten. Die tiefgreifende Krise birgt die Gefahr, daß das Land bald einer großen Gruppe afrikanischer Staaten zuzurechnen ist, die auf absehbare Zeit ohne Entwicklungsperspektive sind. Die Krise könnte bei günstigem Verlauf aber auch der Wendepunkt hin zu einer umfassenden Demokratisierung und wirtschaftlichen Erholung des Landes sein. Simbabwe gehört zu den Ländern Afrikas, die für Deutschland und Europa nicht ohne Belang sind. Dies liegt weniger an seiner wirtschaftlichen Bedeutung, die in der Phase des Niedergangs naturgemäß immer mehr abgenommen hat, als vielmehr an seiner Rolle als Kernstaat des südlichen Afrika. Die Volkswirtschaft Südafrikas würde unter einem Absturz Simbabwes vehement leiden, vielmehr noch würde aber der Eintritt eines solchen Szenarios das ganze südliche Afrika destabilisieren.

Die Situation, in der sich Simbabwe derzeit befindet, ist in nahezu jeder Hinsicht verfahren. Wirtschaftlich ist es der Regierung in diesem Jahrzehnt nicht gelungen, das Budgetdefizit unter Kontrolle zu bringen. Die Folge sind Währungsverfall und galoppierende Inflation. Das Land leidet unter massiver Kapitalflucht, Neuinvestitionen finden kaum noch statt. Die illegalen Landbesetzungen gefährden nicht nur die Exportlandwirtschaft, sondern mittlerweile auch die Nahrungsmittelsicherheit. Der Niedergang des Rechtsstaats als Folge der staatlichen Duldung der Landbesetzungen wird allseits beklagt. Eine Folge der Wirtschaftskrise sind steigende Arbeitslosigkeit, Verfall des Erziehungs- und Bildungssektors sowie verschärfte soziale Konflikte. Politisch hat die bedingungslose Konfrontationsstrategie der Regierung dazu geführt, daß die stärker werdende Opposition sich nicht mehr mit Forderungen nach einer Verfassungsreform begnügt, sondern alles daran setzt, den vorzeitigen Rücktritt des bis 2002 gewählten Präsidenten Mugabe zu erzwingen. Darüber hinaus ist das Land mehr und mehr außenpolitisch involviert und hat sich mit seiner Entscheidung, auf seiten Kabilas in der DR Kongo zu intervenieren, in eine Lage gebracht, aus der es schwer ohne Gesichtsverlust aussteigen kann.

Diese Krisenerscheinungen stellen den Kulminationspunkt langfristiger Trends dar, deren Ursprünge bis in die Apartheid-Ära des rhodesischen Regimes zurückreichen. Dazu gehörten eine Strategie der Importsubstitution, die extrem ungerechte Landverteilung und eine schwer abzuschüttelnde Kultur der Autoritätsgläubigkeit. Neben diesen langfristigen, strukturellen Faktoren ist es aber vor allem die Person Robert Mugabe, die für die Krise die Hauptverantwortung trägt. Den ideologischen Konzepten und

Problemstellung und Relevanz

Die Erscheinungsformen der Krise...

...und ihre Ursachen

Freund-Feind-Schemata der 70er Jahre verhaftet, unter seinem internationalen Bedeutungsverlust leidend, mit sinkender Popularität in weiten Teilen des Landes und heftigen Erschütterungen seiner ethnisch-regionalen Machtbalance konfrontiert, reagiert er seit Mitte der 90er Jahre geradezu mit klassischen Reflexen eines altersstarrsinnigen Diktators. Er versucht, die wachsenden sozialen Spannungen auf einen Sündenbock, die weiße Minderheit, abzuleiten und setzt gleichzeitig den Rechtsstaat sowie das wirtschaftliche Potential des Landes aufs Spiel. Die Zuspitzung der Krise hat aber auch dazu geführt, daß zum erstenmal seit 13 Jahren eine Opposition entstanden ist, die für viele eine wählbare Alternative darstellt.

Szenarien

Angesichts der Erfahrungen der vergangenen zwölf Monate ist der Eintritt eines günstigen Szenarios, welches einen baldigen friedlichen Machtwechsel im Präsidentenamt und konsequente wirtschaftliche Reformen der neuen Regierung beinhaltet, unwahrscheinlich. Eine Entwicklung à la Côte d'Ivoire – Eingreifen des Militärs, massive gewaltsame Auseinandersetzungen – kann nicht mehr ausgeschlossen werden. Am wahrscheinlichsten ist jedoch eine Fortsetzung der gegenwärtigen Hängepartie für weitere zwei Jahre bis zur Präsidentschaftswahl: weitere Instrumentalisierung der Landbesetzungen für politische Zwecke ohne echte Landreform, Verweigerung zentraler Schritte bei der wirtschaftlichen Strukturanpassung, anhaltender Repressionsdruck auf die Opposition, Fortdauer des militärischen Engagements im Kongo.

Empfehlungen

Für die westliche Gebergemeinschaft sind die Einwirkungsmöglichkeiten in einem solchen Szenario gering. Mugabe hat sich bereits in der Vergangenheit als hochgradig resistent gegen äußeren Druck erwiesen. Am ehesten reagiert er noch auf Kritik aus seiner unmittelbaren Nachbarschaft, vor allem aus Südafrika, von dem das Land mehr und mehr wirtschaftlich abhängt. Insofern könnte nur indirekter Druck über Südafrika auf Simbabwe erfolgversprechend sein. Ansonsten aber dürften die internationale Ächtung des Regimes und seine wirtschaftliche Isolation die Ökonomie des Landes in den völligen Ruin treiben und die einfache Bevölkerung bei weitem härter treffen als die politische Elite. Auch das Offerieren eines wirtschaftlichen Rettungspakets, verbunden mit eher weichen Auflagen, scheint keine gangbare Option, da sie tendenziell eher auf eine Stabilisierung des Regimes hinauslaufen könnte. Statt dessen ist eine Konzentration der entwicklungspolitischen Kooperation auf Armutsbekämpfung und Demokratieförderung geboten.

Christian Peters-Berries, der Verfasser dieses Arbeitspapiers, lebt seit mehr als zehn Jahren in Simbabwe. Er ist als freier Gutachter tätig und hat zahlreiche Analysen über Simbabwe und andere Länder des südlichen Afrika verfaßt.

Stefan Mair

Die Ausgangsbedingungen der Krise

Koloniales Erbe

Simbabwes Entwicklung ist stark beeinflusst von der kolonialen Hinterlassenschaft der mehr als 80 Jahre Siedlerherrschaft. Das weiße Siedlerregime ließ der afrikanischen Bevölkerungsmehrheit wenig wirtschaftliche und politische Entfaltungsmöglichkeiten. Erst nach einem blutigen und verblutenden geführten Befreiungskrieg (1972–1979) errang Simbabwe 1980 durch Vermittlung der britischen Regierung die Unabhängigkeit. Wenngleich das koloniale Erbe auch seine positiven Seiten hatte – entwickelte Infrastruktur, diversifizierter industrieller Sektor und belastbare (zumeist weiße) Unternehmer – überwogen doch die negativen Faktoren:

- Eine extrem ungleiche Landverteilung, die rund 5000 weißen Großbauern mehr als 45% des zumeist fruchtbaren Landes zuwies und knapp einer Million afrikanischer Kleinbauern weniger als 40% zumeist unfruchtbaren Landes in eigens geschaffenen Reservaten überließ, kann als eine der strukturellen Ursachen des Befreiungskriegs gelten. Nach der Unabhängigkeit versuchte die Regierung Mugabe zunächst, durch ein Umsiedlungsprogramm den immensen Bevölkerungsdruck in den afrikanischen Reservaten zu mildern. Der Reformversuch blieb jedoch auf halbem Weg in Korruption, politischer Lähmung und banalen Umsetzungsproblemen stecken (siehe auch S. 12ff).
- Eine an monolithische Strukturen gewohnte politische Kultur und Verwaltungsstrukturen aus der Zeit der Siedlerherrschaft, die den afrikanischen Trend zu Einparteiensstaaten wesentlich mit bestimmten und förderten. Die Übergänge zwischen Legislative und Exekutive waren in Simbabwe schon immer recht fließend.
- Die Einschränkung der politischen Handlungsfreiheit der neuen Regierung durch die Lancaster-House-Verfassung ließ eine Umstrukturierung der simbabwischen Gesellschaft kaum zu. Die Regierung konnte sich einerseits auf die verfassungsmäßigen Klauseln zurückziehen, wann immer es weitreichende Forderungen nach einer Umverteilung von Land und Eigentum seitens des Fußvolks des ehemaligen Guerillakriegs gab. Andererseits behinderte die Verfassung eine weitergehende Landreform und trug zur Bewahrung des sozialen Status quo bei.
- Ausgeprägte sozio-ökonomische Unterschiede entlang rassistischer Merkmale machten den Weg frei für tief verwurzelte soziale Minderwertigkeitsgefühle auf seiten der afrikanischen Bevölkerung. Als ab 1990 eine neue Generation gut ausgebildeter Simbabweer ihre Chancen in der Geschäftswelt suchte, fand sie sich einem gut funktionierenden *old boys network* weißer und indischer Geschäftsleute gegenüber, die ihr wenig Entfaltungsraum ließen. Dies wiederum verstärkte populistische und schließlich auch von der Regierung aufgenommene Forderungen nach *affirmative action*.

Folgen des Siedlerregimes

Ungleiche Landverteilung

Autoritäre
politische KulturLancaster-House-
Verfassung

Rassistische Segmentierung

Nachholbedarf in
Erziehung und
Gesundheit

- Große Ungleichgewichte in der Verteilung der sozialen Infrastruktur zwischen urbanen weißen und ländlichen schwarzen Siedlungsgebieten konfrontierten die Regierung Mugabe in den 80er Jahren mit einem enormen investiven Nachholbedarf. Die Investitionen in das Erziehungs- und Gesundheitswesen, aber auch in ländliche Beratungsdienste trugen wesentlich zur Ausweitung des öffentlichen Sektors bei. Die Weltbank warnte früh (1984) vor einem fiskalisch überzogenen Erziehungsbudget.

Politische Entwicklung 1980–2000

Versöhnung und
Unterdrückung

Simbabwes politische Geschichte ist eng verknüpft mit der Gestalt seines politischen Führers Robert Gabriel Mugabe und dessen Partei *Zimbabwe African National Union – Patriotic Front* (ZANU-PF). Mugabe vermochte unmittelbar nach seinem, den Westen überraschenden Wahlsieg im Februar 1980 die politischen Gegensätze zwischen weißen Siedlern und der neuen schwarzen Machtelite durch ein Versöhnungsangebot zu überbrücken. Er verschaffte dem Land damit nicht nur einen guten Start, sondern galt lange Zeit als staatsmännisches Vorbild – auch und gerade für Südafrika. Weit weniger beachtet wurde bald darauf in den westlichen Medien, zu welch brutalen Unterdrückungsmethoden Mugabe zu greifen bereit war, wenn er seine Macht bedroht sah. Eine ethnisch-sozial motivierte Rebellion im Südwesten des Landes (Matabeleland) als Reaktion auf die Wahlniederlage der zweiten großen nationalistischen Partei Simbabwes, der *Zimbabwe African People's Union – Patriotic Front* (ZAPU-PF), ließ er 1983–84 gewaltsam durch eine Eliteeinheit der Armee unterdrücken. Im Verlauf der Militäraktion fanden nach einem Bericht der simbabwischen katholischen Kommission für Frieden und Gerechtigkeit¹ mindestens 10 000 zu- meist friedliche Bewohner in Matabeleland willkürlich den Tod, es wurde gebrandschatzt und vergewaltigt, um mit schierem Terror die Kontrolle der Regierung in der Region wiederherzustellen.

Absorption der
Opposition

Die Rebellion im Matabeleland war ein willkommener Anlaß für die Regierung, eine ethnisch eigenständige und politisch abtrünnige Region und ihre Repräsentanten, die der Einführung eines Einparteienstaats entgegenstanden, massiv einzuschüchtern bzw. zu eliminieren. Im Dezember 1987 sah die Führung der ZAPU-PF keinen anderen Ausweg mehr, als auf ein Vereinigungsangebot von ZANU-PF einzugehen. Ihre Führung wurde dafür mit einem der beiden Vizepräsidentenämter und einer Reihe von Ministerposten bedacht. Die Bevölkerung im Matabeleland, die am meisten gelitten hatte, wurde jedoch weitgehend ignoriert. Es dauerte bis 1999, ehe sich Mugabe eine Pro-forma-Entschuldigung abkälte.

Errichtung einer
Präsidialdemokratie

Die Abschaffung der separaten Repräsentation der weißen Minderheit in Form von 20 weißen Parlamentsabgeordneten 1988² und die Vereini-

¹ CCJP, Breaking the Silence. Building the Peace. A Report on the Disturbances in Matabeleland and the Midlands 1980 to 1988, Harare 1998.

² Dies war eine der Konzessionen, die Mugabe und Nkomo den Siedlervertretern in den Lancaster-House-Friedensverhandlungen einräumen mußten. Sie galt jedoch nur für sieben Jahre und konnte danach mit einer qualifizierten Parlamentsmehrheit aufgehoben

gung von ZANU-PF und PF-ZAPU machten den Weg frei für die Umwandlung Simbabwe in eine Präsidialdemokratie. Für Mugabe sollte dies ein wichtiger Baustein auf dem Weg in den Einparteienstaat werden, doch hatte er die Rechnung ohne die weltpolitischen Veränderungen – den Zusammenbruch des Warschauer Pakts und die aufkommende zweite Demokratisierungswelle in Afrika – gemacht: 1990 entschied sich das Politbüro der ZANU-PF, auf die offizielle Einführung eines Einparteienstaats zu verzichten. Dies hinderte Mugabe in der Folgezeit jedoch nicht daran, in einer Weise zu herrschen, in der die Unterschiede zwischen Partei, Regierung und Staatsapparat oft bis zur Unkenntlichkeit verwischten. Mugabe gelang dies einerseits mittels strategischer Personalentscheidungen innerhalb der Partei – er besetzte nach und nach alle Schlüsselpositionen mit treuen Anhängern – und andererseits durch die verfassungsrechtliche Ausweitung seiner präsidentiellen Befugnisse zwischen 1987 und 1990. Dank ihrer unangefochtenen politischen Machtposition seit 1987 konnte ZANU-PF die direkte Kontrolle über weite Teile der Verwaltungsstrukturen und des Militärs sowie Teile der Wirtschaft und selbst der Zivilgesellschaft ausüben. Ein dichtes Patronagenetzwerk sicherte der Partei die soziale und oft auch ökonomische Kontrolle über weite Teile der Gesellschaft.

Einher mit der gesellschaftlichen Kontrolle ging die Ausweitung der präsidentiellen Machtbefugnisse: Durch etliche Verfassungszusätze entwickelte sich Mugabe – in den Worten eines simbabwischen Kommentators – zu einem präsidentiellen Monarchen, der unter dem Deckmantel einer demokratischen Verfassung nahezu absolutistische Machtbefugnisse beanspruchte. Die enorme Machtfülle des Robert Mugabe beinhaltet vor allem folgende Elemente:

Machtfülle des
Präsidenten

- Er ist Oberbefehlshaber der Armee.
- Er kann gegen jeglichen Gesetzentwurf sein Veto ohne Angabe von Gründen einlegen.
- Er kann das Parlament ohne Begründung jederzeit auflösen und sich damit des einzigen Kontrollorgans entledigen, das ihn des Amtes entheben könnte (zwar kann das Parlament mit einer Zweidrittelmehrheit das Veto des Präsidenten überstimmen, aber der Präsident kann das Parlament zuvor auflösen – er hat in jedem Fall das ultimative Machtmittel).
- Er kann mittels präsidentieller Verordnungen, die 181 Tage Geltung haben und beliebig wiederholbar sind, ohne Parlament regieren und Gesetze außer Kraft setzen oder überstimmen.
- Er ernennt zusätzlich zu den gewählten 120 Abgeordneten weitere 30 Parlamentarier, von denen er zwölf frei bestimmen kann, acht Provinz-Gouverneure sind und zehn traditionelle Häuptlinge.
- Er kann per präsidentiellem Pardon alle Gerichtsurteile überstimmen – ein Recht, von dem Mugabe immer dann Gebrauch machte, wenn einer seiner Gefolgsleute gerade rechtskräftig verurteilt worden war.

Unabhängig vom Parlament wird der Präsident alle sechs Jahre, das Par-
werden.

Mugabes *personal rule*

lament alle fünf Jahre direkt vom Volk gewählt. Dies stärkte lange seinen Nimbus als exekutiver Präsident.

Die weitgehend unkontrollierbare Machtfülle verstärkte die bereits unzweifelhaft vorhandenen autokratischen und selbstherrlichen Tendenzen in der Persönlichkeit von Robert Mugabe. Mugabe betrachtet Simbabwe als sein persönliches Eigentum, die ihm gegebene Macht als ewig während und empfindet Kritik an seiner Politik und besonders an seiner Person als Majestätsbeleidigung. Das äußert sich unter anderem im permanenten Gebrauch des *pluralis majestatis*, macht die Hartnäckigkeit erklärlich, mit der er selbst unbedeutende innenpolitische Gegner verfolgt und zeigt den Hintergrund für seine irrationalen öffentlichen Wutausbrüche gegenüber der nach seiner Ansicht von Homosexuellen durchsetzten Regierung des britischen Premierministers Tony Blair.³ Der Persönlichkeitsstruktur des Präsidenten kommt angesichts der ihm verliehenen Machtfülle, aber auch aufgrund der starken Autoritätshörigkeit in der simbabwischen Gesellschaft, mehr Bedeutung bei der Erklärung politischer Entscheidungen zu, als dies in Europa, Amerika oder Asien normalerweise der Fall ist.

Toleranz und Bestrafung

Mugabe verfeinerte während des letzten Jahrzehnts sein persönliches Herrschaftssystem in einer Weise, daß er zum Garanten der Systemstabilität wurde. Am besten läßt sich Mugabes Herrschaftssystem wie folgt beschreiben: Toleranz und mitunter sogar Ermutigung gegenüber der ungehemmten, oft illegalen Selbstbereicherung seiner unmittelbaren Vertrauten und Minister, solange sie ihm treu ergeben und absolut loyal sind, aber sofortige Bestrafung der »Ungehörigen«, Illoyalen und Putschgedanken Verdächtigen durch Entzug des strafbefreienden präsidentiellen Schutzes und Überantwortung der allgemeinen Gerichtsbarkeit. Von der damit inoffiziell sanktionierten Korruption und Vetternwirtschaft wurde nahezu die gesamte politische, bürokratische und militärische sowie einige Teile der zumeist afrikanischen wirtschaftlichen Elite des Landes erfaßt.

Ethnisch-regionale
Machtbalance

Der zweite Pfeiler des Herrschaftssystems Mugabe beruht auf der geschickten Ausbalancierung ethnisch-regionaler Differenzen innerhalb der Regierungspartei ZANU-PF. Sie besitzt ihre Basis vornehmlich unter der shonasprachigen Mehrheit der Bevölkerung (ca. 75%), die sich wiederum in einige regionale Untergruppen gliedert:

- Die Zezuru im simbabwischen Kernland, zu denen Mugabe selbst und eine Reihe seiner engsten Berater zählen und die eine gewisse Hegemonie innerhalb der ZANU-PF errichtet haben.
- Die Manyika in der Manicaland-Provinz im Osten des Landes, die im Befreiungskrieg lange die Führungselite von ZANU-PF stellten, deren Führer aber unter zum Teil mysteriösen Umständen ums Leben kamen. Der ehemalige Agrarminister Kumbirai Kangai gilt als der Führer einer

³ Aufgrund seiner öffentlich zur Schau getragenen Homophobie hatte ein Schwulen-Aktivist in Großbritannien versucht, Mugabe bei einem privaten Besuch in London aufgrund der Verletzung der Menschenrechte einem sogenannten »citizen arrest« zu unterwerfen. Die britische Regierung hat diesen Vorfall zwar bedauert, indirekt aber die Berechtigung für das Verhalten des Aktivisten nicht in Frage gestellt.

Fraktion, der ehemalige Minister Didymus Mutasa führt eine andere linientreue Fraktion.

- Die Karanga aus der Masvingo-Provinz stellen die zahlenmäßig größte der Shona-Untergruppen. Ihre Führung ist in zwei Fraktionen gespalten, von denen die eine von Vizepräsident Simon Muzenda, die andere vom Minister ohne Portfolio, Eddison Zvobgo, geführt wird. Letzterer versucht, sich mit seiner Hausmacht eine unabhängige Position innerhalb der ZANU-PF zu verschaffen.
- Die Korekore aus der Mashonaland-Zentral-Provinz sind die kleinste und am wenigsten repräsentierte Untergruppe der Shona innerhalb der Machtelite von ZANU-PF.

Daneben stellen die ndebelesprachigen Gruppen aus den beiden Matabeleland-Provinzen und Teilen der Midlands eine größere ethnisch-regionale Einheit, die bis zur Vereinigung von ZANU-PF und PF-ZAPU im Dezember 1987 letztere unterstützten. Präsident Mugabe gelang es, die Leitfiguren der verschiedenen ethnisch-regionalen Fraktionen innerhalb der ZANU-PF in einer Weise politisch einzubinden, daß sie sich gegenseitig neutralisierten und ihm und seiner Zezuru-Hausmacht großen Manövrier-Raum gaben. Provinz-interne Fraktionierungen wie in der Manicaland- und der Masvingo-Provinz mußten ihm aus machttaktischen Gründen durchaus willkommen sein, reduzierten sie doch das politische Gewicht der beiden anderen großen ethnisch-regionalen Gruppierungen.

Das einzige Gegengewicht zu Mugabes unkontrollierbarer Machtfülle stellt auch heute noch das zumindest an der Spitze weitgehend unabhängige Justizsystem Simbabwe dar. Die Richter des *High Court* und *Supreme Court* haben bereits mehrfach allzu groben Machtmißbrauch korrigiert – sofern dieser gerichtlich angefochten worden war. Die gerichtlich angeordnete Wiederholung der Parlamentswahl für den Wahlkreis Harare Süd bei der Wahl von 1995 und der nachfolgende Sieg der unabhängigen Kandidatin Margaret Dongo sind nur ein Beispiel für die Unabhängigkeit des Justizsystems. In anderen Fällen versuchte Mugabe, richterliche Anordnungen mittels seiner präsidentiellen Exekutivgewalt außer Kraft zu setzen. Dieses Spannungsverhältnis – Exekutivpräsident versus unabhängige Justiz – hat während der Farmbesetzungen im Frühjahr 2000 zur Erosion von öffentlichem Recht und Ordnung beigetragen. Polizei und Sicherheitskräfte weigerten sich, den richterlichen Anordnungen bezüglich der Räumung der Farmen Folge zu leisten.

Unabhängiges
Justizsystem als
einziges Gegengewicht

Aufgrund einer weitgehenden Kontrolle über das öffentliche Leben erzielten ZANU-PF und Mugabe ab 1990 eine Reihe von klaren Siegen bei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Die eigentliche Machtbasis für ZANU-PF lag schon immer in den ländlichen Gebieten, in denen nicht nur die Mehrzahl der Wähler (ca. 65%) lebt, sondern auch der Spielraum für Patronagepraktiken der Regierungspartei – Brunnen gegen Stimmen – weitaus höher war und ist als in den Städten. ZANU-PF und Mugabe versuchten seit jeher, in der klassischen Manier von Einparteiensystemen dem Umschlagen von sozio-ökonomischem Unmut auf Wahlergebnisse entgegenzuwirken. Dazu setzten sie systematisch auf

Machtbasis
Landbevölkerung

Zersplitterung der
Opposition

- Einschüchterung der Wahlbevölkerung und der politischen Gegner;
- Mißbrauch staatlicher Ressourcen (Fahrzeuge, Zeitungen, Fernsehen und Radio);
- geheimdienstlich initiierte Spaltung der Opposition; und
- selektive Wahlrechtsbeugung.

Dies trug zunächst zur Zersplitterung der schwächlichen Opposition bei, die in rund 20 Parteien zerfiel. Erst im Zuge der zivilgesellschaftlichen Kampagne für eine neue Verfassung (siehe unten) entstand aus einem Bündnis zur Entwicklung einer neuen Verfassung, der National Constitutional Assembly (NCA), bestehend aus Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen, Kirchen, Studenten und Frauenverbänden, die Basis für die neue Oppositionspartei Movement for Democratic Change (MDC). Die langjährige Schwäche der Opposition kann damit erklärt werden, daß

- es der Regierung durch eine Mischung aus Repression und weitgehenden Kooptationsangeboten gelang, erfolgversprechende Oppositionsansätze oft schon im Keim zu unterdrücken. Konkurrierende Parteien wurden systematisch unterwandert, ihre Führer diskreditiert oder gekauft. Daher schien es für kritische Geister lange Zeit lohnender, sich in ZANU-PF zu engagieren, als eine neue Partei zu gründen;
- keine oppositionelle Gruppierung über die zum Aufbau einer Partei notwendige Massenbasis verfügte. ZANU-PF hatte alle wesentlichen sozialen Interessengruppen mit Ausnahme der Gewerkschaften personell und teilweise auch organisatorisch an sich gebunden und ließ oppositionellen Bewegungen kaum Raum zur Entfaltung;
- ethnisch-regionale Parteigründungen keinen Erfolg hatten, weil ZANU-PF die Führer aller großen ethnischen Gruppen der Shona und Ndebele bereits kooptiert und in ihren Machtapparat eingebunden hatte;
- Wirtschaftsverbände wie die Confederation of Zimbabwe Industries (CZI) und die Zimbabwe National Chamber of Commerce (ZNCC) sich entweder aus wirtschaftlichen Opportunitätsüberlegungen anpaßten und abwarteten (CZI) oder durchsetzt waren mit ZANU-PF Anhängern (ZNCC) und weitgehend unpolitisch blieben. Die Wirtschaft fiel daher als Nährboden für eine schlagkräftige Opposition aus.

Wirtschaftliche Entwicklung:

Vom regionalen Hoffnungsträger zum Investitionsrisiko

Diversifizierte Ökonomie

Im afrikanischen Kontext besitzt Simbabwe eine der diversifiziertesten und industrialisiertesten Volkswirtschaften. Zwar wird die Wirtschaft immer noch vom Agrarsektor dominiert, aber darauf aufbauend hat sich eine verarbeitende Industrie herausgebildet, die 1996 knapp 18% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erwirtschaftete. Hauptexportgüter sind Tabak⁴ und Gold, die zusammen bis zu Zweidrittel der Exporterlöse erbringen. Die simbabwische Wirtschaft galt bislang als zweite Lokomotive (neben

⁴ Simbabwe ist zusammen mit Brasilien der weltgrößte Exporteur von Tabak; sein Tabak gilt als hochwertig und ist deshalb recht nachgefragt.

Südafrikas Wirtschaft) in der Region. In regenreichen Jahren konnte Simbabwe bislang eine Art Brotkorb-Funktion für die Region übernehmen.

Tabelle 1
Wahlergebnisse

Jahr	Wahl	Stimmenanteile (in %)			Sitzverteilung			Wahlbeteiligung
		ZANU	ZAPU/ MDC	Andere	ZANU	ZAPU/ MDC	Andere	
1980	Parlament	63,0	24,1	12,9*	57	20	23*	n.b.
1985	Parlament	77,2	19,3	3,5*	64	15	21*	n.b.
1990	Parlament		80,4	19,6		147	3	43,7
	Präsident		78,3	16,0				53,8
1995	Parlament		81,4	18,6		147	3	53,8
1996	Präsident		92,7	7,2				32,3
2000	Referendum		45+	55+				31,0
2000	Parlament	48,6	47,0	4,4	92	57	1	
			(MDC)			(MDC)		

* = Einschließlich der separaten Wahl/Parlamentssitze der weißen Bevölkerung.

Aufgrund einer vom ehemaligen Siedlerregime erzwungenen und in den 80er Jahren von Mugabe fortgesetzten Importsubstitutionsstrategie besitzt Simbabwe auch heute noch eine recht breite verarbeitende Industrie. Aus denselben Gründen jedoch sind viele Betriebe noch immer ineffizient und veraltet, und es besteht großer industrieller Modernisierungsbedarf. Dies trug 1990 entscheidend zur Durchsetzung von ESAP bei.

Strategie der
Importsubstitution

Mit dem *Economic Structural Adjustment Programme* (ESAP) sollte die simbabwische Wirtschaft innerhalb einer Fünfjahresperiode (1991–95) auf die zunehmende Weltmarktkonkurrenz und die südafrikanische Herausforderung vorbereitet werden. Erreicht werden sollte dies durch eine weitgehende Liberalisierung des Wechselkurses, des Außenhandels, der Preise und Zinsen sowie durch die Reduzierung des öffentlichen Dienstes und die Privatisierung halbstaatlicher Unternehmen. Das Programm fand die Unterstützung von IWF, Weltbank und vieler Geber. Dennoch erreichte es bei weitem nicht die erhofften Resultate:

Strukturanpassung...

- Die Wirtschaft ist durch ESAP nur in wenigen Bereichen produktiver und damit wettbewerbsfähiger geworden.
- Die jährliche wirtschaftliche Wachstumsrate fiel von einem Hoch von +7,4% (1997) auf ca. –5% (Schätzung für 2000).
- Das Budgetdefizit hat seit 1995 nie weniger als 10% betragen; letzte Schätzungen für das Jahr 2000 lassen eine Haushaltslücke in Höhe von 20% des BIP befürchten.
- Das Zinsniveau hat mit über 70% für Kredite eine Höhe erreicht, durch die das Wirtschaftsleben fast zum Erliegen kam.
- Die Devisenreserven, die 1996 noch 1,5 Monate Exportdeckung ermöglichten, sind seit Anfang des Jahres 2000 auf weniger als zehn Tage

...und ihre
negativen Folgen

Exportdeckung gefallen.

- Mit Ausnahme einer kurzen Unterbrechung (1997) betrug die Inflationsrate in Simbabwe seit 1995 stets über 20%, zuletzt stieg sie bis auf 70%.
- Die Zahl der Arbeitslosen nahm nach 1995 gewaltig zu. Gegenwärtig wird geschätzt, daß rund 60% der arbeitsfähigen Bevölkerung ohne feste Arbeit sind.
- Die Realeinkommen sind seit Anfang der 90er Jahre rapide gesunken und haben sowohl die ländliche als auch die städtische Armut stark ansteigen lassen.
- In ihrem kürzlich veröffentlichten Africa Competitiveness Report 2000/1 des World Economic Forum rangiert Simbabwe an vorletzter Stelle der 24 bewerteten Länder.

Eine wichtige Folge der gestrandeten Wirtschaftsreformen ist die Informalisierung der simbabwischen Wirtschaft. Nach jüngeren Untersuchungen sind im (oft informellen) Mikro- und Kleingewerbesektor in Simbabwe mit rund 1,6 Mio. mehr Menschen beschäftigt als im formalen Sektor.

Gründe des Scheiterns

Das Versagen der wirtschaftlichen Reformen hat neben einigen externen vor allem interne Ursachen. Zwar hat die große Dürre 1991/2 die Wirtschaft und auch ESAP gehörig aus dem Tritt gebracht, aber so sehr sie unter dem ausbleibenden Regen gelitten hatte, so rasch erholte sie sich auch wieder, als es 1996/7 gute Regenfälle gab. Die eigentlichen Ursachen des Reformversagens sind interner Natur:

- Die Verschleppung der Umsetzung zentraler Reformansätze – Verkleinerung des öffentlichen Dienstes, Privatisierung halbstaatlicher Unternehmen etc. – durch die Regierung Mugabe aus wahltaktischen Gründen (Wahlen 1995 und 1996).
- Die Unfähigkeit der Regierung Mugabe, das Budgetdefizit auf ein erträgliches Maß zu minimieren, da die Kosten für den Unterhalt des Patronageapparats und seit 1998 auch der Kongo-Intervention nicht mehr von den Staatseinnahmen gedeckt wurden. Sie wurden danach weitgehend über die Geldpresse finanziert.
- Die generelle Implementationsschwäche der simbabwischen Verwaltung, die aufgrund mangelnder Ressourcen, aber auch fehlender Motivation kaum ein Interesse an der Durchsetzung von Reformen hat, die auch sie letztlich negativ getroffen hätten.

Kurzzeitiges Hoch...

Trotz der Nicht-Erreichung der in ESAP gesetzten Ziele zeichnete sich 1995 ein wirtschaftlicher Boom ab. Die Wirtschaft nahm einerseits die in ESAP gesetzten Liberalisierungssignale positiv auf; andererseits profitierte Simbabwes Wirtschaft von der internationalen Börsen-Hausse, die internationales Anlagekapital in das Land spülte. Der Börsen-Index stieg von einem Wert um 1000 (1993) auf fast 12 000 (Mitte 1998). Das erlaubte der simbabwischen Zentralbank, den Außenwert des Simbabwe Dollars (ZW\$) über lange Zeit recht stabil zu halten. Zudem trugen mehrere gute Regenzeiten zum allgemeinen Optimismus in der Wirtschaft bei.

...vor dem
anhaltenden Niedergang

Nach dem Ende von ESAP versuchte die Regierung Mugabe, den Reformkurs mittels zweier Folgeprogramme fortzusetzen. Das 1996 eingebrachte Zimbabwe Programme for Reconstruction and Economic and Social Trans-

formation (ZIMPREST) war jedoch genauso wenig wie das 2000 aufgelegte Millennium Development Programme das Papier wert, auf dem es gedruckt wurde. Planungsdaten und -ziele waren zum Zeitpunkt der Veröffentlichung schon längst von der Realität *ad absurdum* geführt worden. Die Programme dienten wohl in erster Linie als Beruhigungsspiel und Verhandlungsangebot für die Geber. Die simbabwischen Wirtschaftsplaner konnten seit 1996 mit den raschen Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht mehr Schritt halten und verloren den Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung ihres Landes. Seit 1997 verschlechterte sich die Wirtschaftslage in Simbabwe beträchtlich. Die 1997 noch beachtliche Wachstumsrate von nahezu 7% sank auf knapp 2% für 1998 und rutschte 1999 auf rund 1,5%. Für 2000 wird ein Schrumpfen der Volkswirtschaft um mindestens 5% erwartet. Pessimisten schließen auch ein negatives Wachstum von 10% nicht mehr aus. Wie Tabelle 2 zeigt, stiegen Budgetdefizit und Inflationsrate beträchtlich; der Außenwert des ZW-Dollar verfiel rapide.

Tabelle 2**Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung Simbabwes 1980–2000**

	1980	1990	1995	1997	1998	1999
BIP-Wachstumsrate (%)	14	4,8	-3,2	4,3	0,5	0,0
Inflationsrate (%)	14	11,6	22,6	18,8	31,7	56,7
Budgetdefizit (% des BIP)	10	9,5	10,1	8,9	5,9	N/a
Auslandsschulden (Mrd. US\$)	786	1544	4635	4950	4510	4300
Schuldendienst (% d. Exporte)	N/a	27,3	19,6	17,9	18,6	18
Leistungsbilanz (Mio. US\$)	-444	-47	-300	-827	-344	-360
Wechselkurs des ZW\$ (zum US\$) zum Jahresende	1:2	3:1	8:1	14:1	38:1	38:1

Soziale Entwicklung 1980–2000

Die Unabhängigkeit brachte Simbabwe zunächst keine großen Änderungen in der Sozialstruktur: Die wirtschaftliche, administrative und professionelle Elite stellte weitgehend die kleine weiße Minderheit. In der spielten eine untergeordnete Rolle im Handel. Die überwältigende Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung hingegen fristete entweder als Subsistenzbauern in Reservaten ein karges Auskommen, war in Industrie, Bergbau und kommerzieller Landwirtschaft als billige Arbeitskräfte tätig oder übte untergeordnete Verwaltungsaufgaben aus. Schwarzafrikaner stellten lediglich die neue politische Elite. Dies änderte sich zunächst nur langsam, da es für die afrikanische Bevölkerung galt, einen Bildungsrückstand aufzuholen und in neue Verantwortlichkeiten hineinzuwachsen. Über die starke Erweiterung des öffentlichen Dienstes entstand jedoch seit Mitte der 80er Jahre eine durchaus konservative afrikanische Mittelschicht, deren anfangs kaufkräftiges Einkommen eine gewisse Anglei-

Das Entstehen einer afrikanischen Mittelschicht

chung an europäische Lebensstandards zuließ. Aus der ersten gut ausgebildeten Nach-Unabhängigkeitsgeneration gingen gegen Ende der 80er Jahre auch die ersten erfolgreichen einheimischen Unternehmer und Manager hervor.

Afrikanische Kleinbauern

Die Masse der Bevölkerung lebte jedoch weiterhin in Armut auf dem Land, das gemeinschaftlich, das heißt nicht privatrechtlich genutzt wird. Für sie war und ist die von Mugabe versprochene Landreform das größte Anliegen. Bis 1991 gelang es der Regierung auch, rund 70 000 Kleinbauern-Familien aus den hoffnungslos überbevölkerten und übernutzten Reservaten auf von weißen Großbauern erstandenes Land umzusiedeln. Gleichzeitig war einem wachsenden Teil der Kleinbauern durch stark verbesserte und erweiterte landwirtschaftliche Beratungsdienste und Vermarktungssysteme der Marktzugang ermöglicht worden, so daß auch auf dem Land Fortschritt spürbar wurde. Das rapide Bevölkerungswachstum von 3%, das Ausbleiben einer durchdachten und nachhaltigen Landreform und die fiskalische Krise ließen die anfänglichen Erfolge jedoch rasch wieder verschwinden. Während der 90er Jahre wurden die landwirtschaftlichen Beratungsdienste stark eingeschränkt, die staatlichen Vermarktungsleistungen kommerzialisiert und damit für eine zunehmende Zahl der Kleinbauern unerreichbar.

Jugendarbeitslosigkeit

Durch die rasche Verjüngung der Bevölkerungsstruktur suchen seit Beginn der 90er Jahre jährlich etwa 250 000 Jugendliche einen Arbeitsplatz. Bis zu 40% der Jugendlichen bleiben zunächst auf dem Land, um sich als Kleinbauern durchzuschlagen. Die übrigen strömen in die Städte und überfüllen dort den informellen Sektor. Weder der kleinbäuerliche noch der informelle Sektor können den gewaltigen jährlichen Zuwachs noch kompensieren. In den kleinbäuerlichen Siedlungsgebieten wird das Land knapp und verödet aufgrund von Übernutzung, in den Städten bleibt die Nachfrage nach den Produkten des informellen Sektors aus. Die Folge ist zunehmende Armut. In letzten Berichten des United Nations Development Programme (UNDP) und der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) wird davon ausgegangen, daß in Simbabwe rund 70% der Bevölkerung an oder unter der Armutsgrenze leben.

Die wachsende soziale Kluft

Dies ist auch eine Folge der Ungleichzeitigkeit der sozio-ökonomischen Entwicklung in Simbabwe: Ein großer Teil auch der urbanen Bevölkerung orientiert sein soziales und wirtschaftliches Verhalten an Normen aus vorkolonialer und damit auch vorkapitalistischer Zeit. Häufig hat dies heute dysfunktionale Verhaltensweisen in einem modernen Wirtschaftsumfeld zur Folge. Ein wirtschaftlich erfolgreicher Simbabweer mit eigenem Geschäft oder gut bezahlter Anstellung ist von seinem sozialen Ethos her verpflichtet, für die Angehörigen seiner Großfamilie zu sorgen. Eine Verweigerung kommt der sozialen Ächtung gleich. So angemessen dieses Verhalten angesichts des fehlenden sozialen Sicherheitsnetzes in Simbabwe auch sein mag, es ist ökonomisch und entwicklungspolitisch problematisch, wenn nicht schädlich. Es verhindert in vielen Fällen eine private Kapitalakkumulation und drückt die volkswirtschaftliche Sparquote.

Gegen Ende der 80er Jahre machte sich eine Veränderung der Sozialstruktur bemerkbar. Aufstrebende afrikanische Unternehmer und Manager wollten sich nicht länger eine ideologische Stigmatisierung als kapitalistische Ausbeuter gefallen lassen. Zugleich hatte sich die im öffentlichen Dienst konzentrierte neue afrikanische Mittelschicht längst von den sozialistischen Werten verabschiedet. Schließlich hatte auch die politische Klasse so viel Wohlstand angesammelt, daß die bislang gepredigte sozialistische Bescheidenheit als störend empfunden wurde. Diese Faktoren und der auch in Simbabwe bemerkbare weltpolitische Umschwung führten dazu, daß ZANU-PF ab etwa 1989/90 ihre soziale Basis, die zuvor weitgehend aus Kleinbauern und Angehörigen des öffentlichen Dienstes bestanden hatte, um aufstrebende afrikanische Geschäftsleute und Professionals zu erweitern suchte: von den *Comrades of the Countryside* zu den selbsternannten Kämpfern für eine Afrikanisierung der Wirtschaft.

Afrikanisierung der Wirtschaft

Zum neuen sozialen Vorbild wurde in der Folgezeit der afrikanische *businessman*, ausgestattet mit allen Attributen des geschäftlichen Erfolgs – Auto, modischer Anzug, Rolex und (seit 1997) Mobiltelefon. Zum quasi regierungsamtlichen Aushängeschild der neuen wirtschaftlichen Afrikanisierungsideologie aber wurde der halbseidene Geschäftsmann Roger Boka (gest. 1999). Er tat sich während der Präsidentenwahlkampagne 1996 mit ganzseitigen anti-weißen Anzeigen in allen Zeitungen des Landes hervor. Durch Boka und seine aggressiven Attacken gegen Weiße wurde in Simbabwe ein inverser Rassismus hoffähig gemacht, der Übergriffe gegen weißes Eigentum mit der ungleichen Verteilung von Reichtum rechtfertigte. Zugleich lieferte dieser Rassismus den ideologischen Überbau für die Korrektur der ungleichen Reichtumsverhältnisse, die sich auch außerhalb von Gesetz und Verfassung vollziehen konnte.

Rassismus unter neuen Vorzeichen

Von Problemen zur Krise

Ausgangslage

Ende der 90er Jahre

Ende der 90er Jahre bot Simbabwe ein zerrissenes Bild:

- Die wirtschaftliche Lage hatte sich weiter zugespitzt und soziales Elend sichtbar – vor allem in den Städten – zugenommen.
- Die regierende ZANU-PF war zu einem Anhängsel des autokratisch und nahezu unkontrolliert herrschenden Präsidenten Robert Mugabe geworden und hatte in der Bevölkerung stark an Ansehen verloren.
- Partikularinteressen durchsetzungsfähiger Gruppen, wie die der Kriegsveteranen begannen eine zunehmend wichtigere Rolle in innenpolitischen Entscheidungen zu spielen.
- Zivilgesellschaftliche Gruppen begannen in wachsendem Maß, Menschenrechtsverletzungen und Korruption der Regierenden anzuprangern und eine demokratische Verfassung zu fordern.

Konfliktlinien

Vor diesem Hintergrund formierte sich eine Reihe von innergesellschaftlichen Konfliktlinien, die schließlich in den Farmbesetzungen und Wahlkampfezessen seit Februar 2000 einen gewaltsamen Ausbruch fanden. Die Hauptbruchlinien lassen sich wie folgt skizzieren:

- Sozio-ökonomische Verteilungskonflikte zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und der herrschenden Elite um die richtige Wirtschaftspolitik, die gespeist wurden von Ängsten um sich verschlechternde Lebensbedingungen und wirtschaftlichem Abstieg.
- Politische Konflikte einerseits zwischen Protagonisten des autokratischen Regimes Mugabes und zivilgesellschaftlichen Gruppen um Fragen der Demokratisierung und Menschenrechte, und andererseits zwischen regionalen Fraktionen der herrschenden Elite um eine günstige Positionierung im schwelenden Streit um die absehbare Nachfolge des alternen Präsidenten.
- Ein inverser rassistischer Konflikt, bei dem die herrschende politische Elite die weiße Geschäftselite zunehmend zum Sündenbock für die verfehlte eigene Wirtschaftspolitik zu machen suchte und dafür angeblich landlose Kleinbauern gegen weiße Großfarmer hetzte.
- Regionalistische Konflikte zwischen dem politisch-wirtschaftlichen Zentrum Harare und den regionalen Satelliten um wirtschaftliche Ressourcenverteilung, kulturelle Autonomie und politische Rechte.

Der Übergang zur gewaltsamen Krise vollzog sich zwischen August 1997 und Oktober 1999.

Die Zuspitzung der wirtschaftlichen Krise

Ignorieren der
Warnzeichen

Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern, die sich plötzlich am politischen und wirtschaftlichen Abgrund wiederfinden, gab es in Simbabwe viele Warnzeichen, die jedoch kaum jemand in der politischen Führung wahrnehmen wollte. Das deutlichste Krisensignal zeigte sich zur Jahresmitte 1997, als von der unabhängigen Presse ein weiterer Skandal aufgedeckt

wurde: die Ausplünderung eines Kompensationsfonds für Kriegsveteranen, die unter Spätfolgen des Befreiungskriegs litten, durch die politische Elite. Nahezu das gesamte Kabinett, etliche Abgeordnete, Staatssekretäre, hohe Militärs und Polizeioffiziere hatten sich in hohem Maß Kriegsversehrtheit attestieren und beträchtliche Entschädigungen ausbezahlen lassen.⁵

Die eigentlichen Adressaten des Kompensationsfonds – mittellose Kriegsveteranen – organisierten nach der Aufdeckung des Skandals Protestaktionen. Der bis dahin öffentlich kaum in Erscheinung getretene Verband der Kriegsveteranen störte die Feierlichkeiten am Heldengedenkttag, forderte Aufklärung und Entschädigung. Was westlichen Beobachtern als vergleichsweise harmlose Manifestation sozialen Protests vorgekommen sein mag, wurde in Simbabwe als schwere Form der Majestätsbeleidigung und eindringliche Warnung an die Regierung aufgefaßt. Mugabe versprach kurz darauf, allen registrierten Kriegsveteranen (ob versehrt oder nicht) eine lebenslange monatliche Rente von 2000 ZW\$ und eine einmalige Pauschale von 50 000 ZW\$⁶ zu zahlen. Innerhalb weniger Wochen ließen sich fast 70 000 Simbawwer als Kriegsveteranen registrieren. Ein in Polen ausgebildeter Mediziner, Chenjerai Hitler (sic!) Hunzvi, entpuppte sich als die treibende organisatorische Kraft der Kriegsveteranen.

Der Aufstand der
Kriegsveteranen...

Mugabes Alleingang verblüffte nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch die politischen Beobachter. Was hatte ihn dazu bewogen, den Protesten derart widerstandslos und dazu noch so großzügig nachzugeben? Die meisten Erklärungsversuche drehten sich um die angebliche militärische Macht und den politischen Einfluß der Veteranen, die Mugabe persönlich bedroht haben sollen. Dies ist insofern schwer nachvollziehbar, als daß es keine direkte Verbindung zwischen den protestierenden Veteranen auf der Straße und den Veteranen in Machtpositionen gab. Sie hatten sich wie viele Minister an der Ausplünderung des Fonds beteiligt. Auch ein zweiter Erklärungsversuch, der auf eine moralische Empörung bei Mugabe abstellt, scheint wenig glaubwürdig vor dem Hintergrund der Herrschaftspraxis von Mugabe. Was an Erklärungsansätzen übrig bleibt, sind einerseits eine schlichte Fehleinschätzung der machtpolitischen Situation durch Mugabe – er fühlte sich subjektiv bedroht und reagierte in Panik – oder andererseits das beleidigte Ego des stolzen Präsidenten, der sich solch einer demütigenden Situation wie während des Heldengedenktags nicht nochmals ausgesetzt sehen wollte. In beiden Fällen zeugt die Entscheidung, sich die Gewogenheit der Veteranen zu erkaufen, von wenig Gespür für die tatsächlichen Verhältnisse und von extremer politischer und wirtschaftspolitischer Kurzsichtigkeit.

...und Mugabes
Nachgeben

Die unmittelbare Zeche der Kriegsveteranen-Abfindung für den simbabwischen Staat belief sich allein für 1997 auf 3,5 Mrd. ZW\$ (zu diesem Zeitpunkt ca. 560 Mio. DM). Die Folgekosten für die nächsten Jahre wurden mit mindestens 1,7 Mrd. ZW\$ angegeben. Mugabe wies seinen Finanzminister zunächst an, die ungeplanten Ausgaben mittels einer Kriegsveteranen-

Die Kosten des
Nachgebens

⁵ Zwischen umgerechnet 30 und 100 000 DM für Appetitmangel, Schlaflosigkeit und Fettleibigkeit als Folge von 15 bis 20 Jahre zurückliegenden Kriegserlebnissen.

⁶ Zu diesem Zeitpunkt waren dies etwa 180 US\$ bzw. 4500 US\$.

Konfrontation mit der internationalen Gebergemeinschaft

Abgabe finanzieren zu lassen. Der Gewerkschaftsbund Zimbabwe Congress of Trade Unions (ZCTU) verhinderte im November 1997 durch einen Generalstreik und die Androhung weiterer Aktionen die Einführung dieser Abgabe, die danach aus dem laufenden Budget beglichen werden mußte. Damit befand sich die Regierung Mugabe in einem Dilemma: wie Weltbank und IWF zufrieden stellen, die ihre Unterstützung nur bei einer budget-neutralen Finanzierung der Kriegsveteranenabfindung fortsetzen wollten, ohne die Versprechungen an die Kriegsveteranen zu brechen? Mugabe riskierte den Konflikt mit den Bretton-Woods-Institutionen, wohl im Kalkül, daß diese Simbabwe auf Dauer nicht aufgeben würden. Dadurch gewann er zwar kurzfristig wieder innenpolitischen Handlungsspielraum, bürdete dem Land aber enorme wirtschaftliche Kosten auf, die letztlich zur Unterminierung seiner Position beitrugen. IWF und Weltbank froren ihre Zusagen über 63 Mio. US\$ umgehend ein.

Anstatt jedoch nach einer gemeinsamen Lösung mit IWF und Weltbank zu suchen, forcierte die Regierung Mugabe die Konfrontation mit der internationalen Gebergemeinschaft weiter. Sie hielt ihre angekündigte Absicht aufrecht, 1700 weiße Farmen zu enteignen und einer Landreform zugänglich zu machen; die britische Regierung als ehemalige Kolonialmacht sollte die Kosten dafür aufbringen. Diese erklärte, nur eine transparente und die Armut bekämpfende Landreform unterstützen zu wollen. Eine groß angekündigte Geberkonferenz zur Landreform im Oktober 1998 erbrachte keine nennenswerten Fortschritte, sondern bestärkte die Geber nur noch darin, auch weiterhin einen transparenten Reformprozeß zur Vorbedingung jeglicher Finanzierung zu machen. Die Haltung der Regierung Mugabe ist oft mit dem internen Druck erklärt worden, der sie gezwungen habe, endlich die lang angekündigte Landreform durchzuführen. Das greift jedoch zu kurz. Die politische Handlungsfreiheit der Regierung Mugabe hätte es durchaus zugelassen, eine regulierte und transparente Landreform durchzuführen. Die Konfrontation mit den Gebern und vor allem mit der neuen britischen Regierung, die sich stärker als ihre Vorgänger an Prinzipien wie Einhaltung der Menschenrechte, *good governance* und Transparenz orientierte, beruhte weitgehend auf den Perzeptionen von Präsident Mugabe, der Großbritannien als Feind ansah⁷ und der glaubte, mit Feindbildern von den eigenen Verfehlungen ablenken zu können. Wie sich nämlich 1999 herausstellte, hatte die Regierung rund 275 zum Teil sehr große Farmen aus Staatsbesitz nicht für die Landreform benutzt, sondern langfristig an einflußreiche Politiker, Funktionäre und Geschäftsleute verpachtet. Es bleibt festzuhalten, daß Präsident Mugabe aus kurzfristigen politischen Erwägungen und einer schon autistisch zu nennenden Wahrnehmung der internationalen Umwelt politisch törichte Entscheidungen getroffen hat.

Intervention im Kongo

Die »politische Unvernunft der Regierenden« (Krippendorff 1985) in Simbabwe trat ein weiteres Mal im August 1998 zutage: Mugabe entsandte

⁷ Hier spielt auch die Kritik britischer Medien an Mugabes Haltung gegenüber Homosexuellen eine Rolle.

– zusammen mit Namibia und Angola – mehrere Tausend simbabwische Soldaten in die DR Kongo, um seinen von Rebellen bedrängten Kollegen Laurent Kabila zu unterstützen. Die Mittel für die Militärexpedition wurden zunächst dem laufenden Haushalt entnommen und später über Schattenhaushalte finanziert. Dies trieb das Budgetdefizit – eines der Hauptkriterien für IWF und Weltbank bei der Vergabe von Stabilisierungskrediten – auf Werte über 12% des BIP; für das laufende Finanzjahr (2000) wird gar mit einem Defizit von 15 bis 20% des BIP gerechnet.⁸

Die Bretton-Woods-Institutionen, die kurzfristig ihre Hilfe wieder aufgenommen hatten, brachen daraufhin erneut mit Simbabwe, was umgehend eine weitere starke Abwertung zur Folge hatte. Der Simbabwe-Dollar fiel auf eine Rate von 38:1 zum US-Dollar. Als deswegen weitere Preissteigerungen drohten, führte die Regierung Preiskontrollen für Güter des täglichen Bedarfs ein, um weitere Unruhen zu vermeiden. Gleichzeitig verständigte sie sich mit den Geschäftsbanken auf einen künstlich stabilisierten Wechselkurs. Das verhinderte vorübergehend zwar soziale Unruhen, beschleunigte jedoch den Niedergang der Wirtschaft. IWF und Weltbank versuchten im Juni 1999 nach langen Verhandlungen, den wirtschaftlichen Niedergang mit einem neuen Stützungskredit aufzuhalten, nachdem ihnen die simbabwische Regierung zugesichert hatte, die Kosten für die andauernde militärische Intervention in der DR Kongo beliefen sich lediglich auf rund 3 Mio. US\$ pro Monat und könnten aus dem Haushalt bestritten werden. Kaum war die erste Tranche ausgezahlt, wurde ein interner Bericht des Verteidigungsministeriums bekannt, der die Kosten für das Kongo-Abenteuer auf nahezu 30 Mio. US\$ pro Monat für die erste Hälfte des Jahres 1999 bezifferte. Das Stabilisierungsprogramm wurde umgehend wieder abgebrochen. Andere Geber, wie die EU und einige nordische Staaten sowie Holland folgten nach und stellten ihre Hilfen – soweit sie keine direkten Projekthilfen waren – an Simbabwe ein.

Der Bruch mit den Bretton-Woods-Institutionen

In der zweiten Jahreshälfte 1999 wurde absehbar, daß Simbabwes Wirtschaft dicht vor dem Kollaps stand:

Simbabwes Wirtschaft vor dem Kollaps

- Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der simbabwischen Industrie erodierte aufgrund der galoppierenden Inflation. Für 2000 wird mit Exporteinbußen bei Tabak, Textilien und Gold bis zu 40% gerechnet (hierzu trugen jedoch auch die Farmbesetzungen und andere Unsicherheitsfaktoren bei).
- Die Devisenreserven erschöpften sich rasch bis auf wenige Tage Exportdeckung. Es entstand ein blühender Schwarzmarkt für Devisen, der im August 2000 eine erste Abwertung um 24% und eine kontrollierte weitere Abwertung in kleinen Schritten notwendig machte.
- Es häuften sich Zahlungsrückstände (u.a. bei der Weltbank; insgesamt gegenwärtig rund 400 Mio. US\$), und das Land verlor seine internationale Kreditwürdigkeit, was dazu führte, daß
- Versorgungsengpässe vor allem bei Benzin, Diesel, Paraffin und Strom

⁸ Im August 2000 bezifferte der neue Finanzminister Simba Makoni die Kosten für das Kongo-Abenteuer seit August 1998 auf rund 200 Mio. US\$, was von etlichen Analysten aber bezweifelt wird, die von Kosten in Höhe von mindestens 480 Mio. US\$ ausgehen.

Währungsverfall,
galoppierende Inflation
und soziale Unruhen

auftraten. Die Benzin- und Dieselsversorgung brach seit Dezember 1999 immer wieder phasenweise zusammen. Im Juni 2000 drohte der südafrikanische Stromversorger Electricity Supply Commission (ESKOM) mit der Einstellung jeglicher Stromexporte nach Simbabwe, da Zahlungsrückstände von rund 40 Mio. DM aufgelaufen waren;

- Arbeitslosigkeit und soziales Elend nahmen zu, da die Abwertung rapide Preiserhöhungen bei Brennstoffen (Paraffin), Transport und Grundnahrungsmitteln nach sich zog und etliche Firmen schließen oder zumindest Arbeiter entlassen mußten.

Durch eine Reihe von politischen Fehlentscheidungen hatte die Regierung Mugabe innerhalb von zwei Jahren die auf Erholungskurs liegende simbabwische Wirtschaft aus dem Gleis geworfen. Die indirekten wirtschaftlichen und politischen Kosten der Kriegsveteranenabfindung, der angedrohten Enteignungspolitik gegenüber weißen Farmern, der Kongo-Intervention und des Konflikts mit IWF und Weltbank lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Der Schwund der Devisenreserven ließ den Außenwert des Simbabwe-Dollars erodieren: innerhalb von drei Jahren verlor er gegenüber dem US-Dollar rund 350% an Wert.
- Wachsende Budgetdefizite, hervorgerufen durch drastisch gestiegene Ausgaben bei sinkenden Einnahmen, und ein sinkender Außenwert des Simbabwe-Dollars heizten die Inflation bis 70% an.
- Dadurch mit hervorgerufene Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel (Brot und Maismehl) führten im Januar 1998 zu schweren Unruhen in urbanen Ballungsgebieten und gaben der Opposition starken politischen Auftrieb.

Politische Krisenzuspitzung

Der Aufstieg der
Kriegsveteranen...

Einen wesentlichen strukturellen Faktor in der Kriseneskalation stellen die Kriegsveteranen dar. Innenpolitisch gelang es der Regierung nicht, sie unter Kontrolle zu bringen. Ihr Führer Chenjerai »Hitler« Hunzvi vermochte durch geschicktes Taktieren und eine sukzessive Fokussierung auf die Landfrage den politischen Druck gegenüber der Regierung und Mugabe aufrechtzuerhalten. Dabei mag auch eine Rolle gespielt haben, daß Mugabe sich die Veteranen als außerparlamentarische Sturmtruppe erhalten wollte. Wie sich bald zeigen sollte, konnte er die Geister, die er damit gerufen hatte, nicht mehr loswerden. Der Verband der Kriegsveteranen (in der simbabwischen Umgangssprache kurz *war vets* genannt) führte lange ein kaum beachtetes Schattendasein. Als lokale Nichtregierungsorganisation (NRO) engagierten sich die verschiedenen Bezirksverbände der *war vets* in ländlichen Entwicklungsprojekten und traten auf nationaler Ebene nur selten in Erscheinung. Erst die Ausplünderung des Kompensationsfonds durch die politische Elite und die Wahl Hunzvis zum Vorsitzenden ließen den Verband mobil werden. Aufgrund der ideologischen Überhöhung des Befreiungskampfs zählt sich nahezu jeder, der irgendwie daran beteiligt war, zu den Kriegsveteranen. Neben den meisten

Kabinettsmitgliedern, vielen Polizei- und Militäroffizieren scheuten auch Akademiker, die sich während des Krieges an Universitäten im Ausland aufgehalten hatten, nicht davor zurück, sich als *war vets* zu bezeichnen. Genaue Mitgliederzahlen sind nicht bekannt, aber es kann davon ausgegangen werden, daß die Zahl der Exkombattanten nur einige Hundert beträgt; der Rest setzt sich aus opportunistischen Mitläufern zusammen.

Der Verband ist nicht zentralistisch in einer Weise organisiert, die Hunzvi freien Zugriff auf dessen Ressourcen ermöglichen würde. Einzelne Bezirksverbände sind sogar ausgesprochen kritisch gegenüber der Instrumentalisierung des Verbands durch Hunzvi, konnten aber, solange er erfolgreich agierte, wenig gegen ihn und seine militanten Anhänger ausrichten. Erst im August 2000 fühlten sich die Hunzvi-Gegner stark genug, seine Absetzung als Vorsitzender des Verbands im nationalen Exekutivausschuß zu betreiben. Die Stärke des Verbands liegt vor allem darin, daß er seine Forderungen auf wenige Punkte (Kompensation, Landbesitz) konzentriert. Dafür erhält er die militante Unterstützung weniger der eigentlichen Kriegsveteranen als vor allem arbeitsloser Jugendlicher aus den Vorstädten und Marktflecken. Dadurch war es Hunzvi nicht nur möglich, den Präsidenten am Heldengedenktag 1997 öffentlich zu desavouieren, sondern dem Problem der Landverteilung im Jahr 2000 eine gänzlich neue Dimension zu geben.

...und ihres Führers
Chenjerai »Hitler« Hunzvi

Der Zulauf und damit der Einfluß der Kriegsveteranen erklärten sich aus

Gründe für den Aufstieg

- den wachsenden sozialen Problemen, für die die *war vets* mit den Landbesetzungen eine scheinbar einfache Lösung anbieten;
- der Aussicht auf materielle Zugewinne für sozial Schwache;
- der aus einem angestauten Ohnmachtsgefühl heraus erwachsenden Befriedigung, »es den Mächtigen einmal zeigen zu können«;
- der offensichtlichen Patronage, die ihnen Präsident Mugabe zukommen und die sie weitgehend ungestraft außerhalb des Gesetzes agieren läßt;
- dem anfänglichen Erfolg der Kriegsveteranen bei der Forderung nach Kompensation für ihren Einsatz im Befreiungskrieg.

Ein zweites strukturelles Element der Krisenzuspitzung ist die ungeklärte Landfrage. Land besitzt in Simbabwe mehr als nur materiellen Wert. Für die afrikanische Bevölkerung hat Land als Ruhestätte ihrer Ahnen einen mythisch-religiösen Charakter. Zudem stellt der Zugang zu Land in Abwesenheit eines sozialen Sicherungssystems auch eine gewisse soziale Versorgung für das Alter dar, an der die Regierung aus naheliegenden Gründen gerne festhalten möchte. Schließlich stand Land im Mittelpunkt des Befreiungskampfes: speziell ZANU-PF mobilisierte die Landbevölkerung mit dem Versprechen auf Zugang zum Land ihrer Ahnen.

Ungelöste Landfrage

Zweifellos hat Simbabwe heute ein Landproblem: rund 4500 vornehmlich weiße Großfarmer besitzen rund 11 Mio. Hektar des fruchtbaren Bodens, während mehr als eine Million kleinbäuerlicher Familien mit rund 16,4 Mio. Hektar zufrieden sein müssen. Doch eine einfache Umverteilung des Bodens von den weißen Farmern an die landlose afrikanische Bevölkerung, wie von der Regierung propagiert und nunmehr auch durch-

Rigide Umverteilung
keine Lösung

geführt wird, kann das eigentliche Problem der zunehmenden Armut in Simbabwe nicht lösen:

- der Großfarmsektor erwirtschaftet direkt rund 20% des BIP und ist für etwa 50% der Exporterlöse direkt oder indirekt verantwortlich; zudem sind auf den Großfarmen mehr als 250 000 Farmarbeiter beschäftigt, die dort mit ihren Familien auch leben. Eine Zerstörung dieses produktiven Wirtschaftssektors würde Simbabwe kurzfristig in eine Hungersnot treiben und langfristig seinen wirtschaftlichen Abstieg besiegeln;
- die meisten der landhungrigen Kleinbauern haben keine Erfahrung mit marktorientierter, allenfalls mit subsistenzorientierter Landwirtschaft. Die Verteilung von produktiv genutztem Farmland an unerfahrene Kleinbauern wird den Ausstoß landwirtschaftlicher Erzeugnisse drastisch verringern;
- eine Landreform, die ihren Namen auch verdient, kann sich nicht auf die bloße Umverteilung von Boden beschränken, sondern muß die notwendige Infrastruktur und landwirtschaftliche Beratung zur Verfügung stellen. Dazu fehlt es der Regierung Mugabe nicht nur an finanziellen und menschlichen Ressourcen, sondern vor allem an politischem Willen. Die von der Regierung propagierte Landreform ist in erster Linie ein politisches Zeichen und keine wirtschaftlich durchdachte Strategie.

Vergebene Chancen

Die simbabwische Regierung vergab in den letzten 20 Jahren mehrere Chancen, das Landproblem mittels einer durchdachten und transparenten Reform zu lösen. In den ersten zehn Jahren nach der Unabhängigkeit wurden zwar rund 70 000 Familien auf von weißen Farmern erworbenes Land umgesiedelt, Beratungs- und Vermarktungsdienste zur Verfügung gestellt und ein vorbildliches ländliches Wegesystem aufgebaut. Dennoch verödete ein großer Teil des umverteilten Landes, auch der soziale Druck wurde nicht verringert, da das Bevölkerungswachstum die Zahl der Umsiedler mehr als kompensiert hatte. 1992 wurde der Regierung mit einer Verfassungsänderung die Möglichkeit gegeben, Land gegen eine Entschädigung zu enteignen; sie machte davon jedoch wenig Gebrauch. Statt dessen verstörte Mugabe in regelmäßigen Abständen Investoren und Geber mit populistischen Ankündigungen, Land entschädigungslos enteignen zu wollen. Es blieb schließlich nicht nur bei Ankündigungen: Im November 1997 designierte die Regierung rund 1700 weiße Farmen für eine bevorstehende Enteignung. Dank des unabhängigen Justizwesens wurde dem Einspruch der meisten Farmer gegen die Designierung aufgrund von Formfehlern und fehlender Transparenz des Auswahlprozesses stattgegeben. Eine internationale Geberkonferenz im Oktober 1998 endete ergebnislos, weil Mugabe sich nicht auf eine transparente und wirtschaftlich verträgliche Reform festlegen lassen wollte, während die Geber keine Mittel für eine gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßende Politik bereitstellen konnten.

Landbesetzungen

In dieser Situation begannen ab Mitte 1998 einige Gruppen von Kriegsveteranen, einzelne Farmen zu besetzen und das Land für sich zu reklamieren. Dies wurde zunächst als eine von ZANU-PF orchestrierte Aktion abgetan, entwickelte jedoch eine Eigendynamik und leitete sukzessive in

die gewaltsamen Besetzungen von weißen Farmen ab März 2000 über. Die Kriegsveteranen haben es verstanden, die Landfrage in eine soziale und politische Frage zu verwandeln, in der wirtschaftliche Effizienzaspekte keine Rolle mehr spielen. Die Regierung Mugabe mußte sich nach ihrem Versagen in der Umsiedlungsfrage und aufgrund ihrer immer hohler tönenden Rhetorik dem notgedrungen anschließen, wollte sie nicht die letzte Glaubwürdigkeit verlieren.

Ein weiterer Auslöser für die simbabwische Krise war die von der Zivilgesellschaft initiierte Debatte um eine neue demokratische Verfassung, die die Regierung Mugabe im Februar 2000 in eine Abstimmungsniederlage drängte. Die Machtkonzentration in der Hand des Präsidenten auf der Grundlage einer von der ehemaligen Kolonialmacht mitformulierten Verfassung war für viele engagierte Bürger und zivilgesellschaftliche Gruppen nicht mehr akzeptabel; diese Gruppen machten die Verfassung dafür verantwortlich, daß Simbabwe immer undemokratischer wurde und bürgerliche Freiheiten nicht beachtete.

Forderungen nach einer
Verfassungsreform

Seit 1998 mußte sich die Regierung Mugabe einer verfassungsrechtlichen Diskussion stellen, die von zivilgesellschaftlichen Gruppen und der unabhängigen Presse initiiert worden war. Die NCA sorgte dafür, daß die Forderungen nach einem neuen Verfassungsentwurf und einer Volksabstimmung darüber nicht mehr ungehört blieben. Im Frühjahr 1999 gab Mugabe dem »Drängen des Volks« nach und ernannte eine eigene präsidentiale Verfassungskommission, in die neben den 150 Parlamentsabgeordneten weitere 250 vor allem ZANU-PF nahestehende Personen des öffentlichen Lebens berufen wurden. In einem Referendum sollte das Volk über die Annahme einer neuen Verfassung entscheiden können.

National Constitutional
Assembly

Bis auf wenige Ausnahmen lehnten es die Mitglieder der NCA ab, in der präsidentialen Kommission mitzuarbeiten, weil sie zum einen nur eine kleine Minderheit gewesen wären und weil zum anderen – im Unterschied zu einer parlamentarischen Kommission – die Entscheidung über die Akzeptanz der Kommissionsvorschläge einzig beim Präsidenten lag. Eine umfangreiche Befragung der simbabwischen Bevölkerung, die sogar weitgehend im Staatsfernsehen dokumentiert wurde, ergab weitreichende Änderungswünsche, die unter anderem folgende Bereiche betrafen:

Präsidentiale
Reformkommission

- ☐ Abschaffung des Amtes des Exekutivpräsidenten und Einführung des Amtes eines Premierministers;
- ☐ Begrenzung der präsidentialen Amtszeiten auf zwei Perioden;
- ☐ drastische Verkleinerung des Kabinetts;⁹
- ☐ größere Autonomie für die Provinzen mit Entlassung der vom Präsidenten berufenen Gouverneure;
- ☐ Einrichtung einer zweiten Parlamentskammer in Form eines Senats;
- ☐ Einrichtung einer Anti-Korruptionskommission.

Reformvorschläge

Die Regierung machte sich davon nur die ihr genehmen Vorschläge zu eigen (Senat, Premierminister) und ergänzte freihändig eine Passage, die

Verfassungsentwurf

⁹ Simbabwe leistete sich bis zur Wahl im Juni 2000 den Luxus von 51 Ministern, Gouverneuren und stellvertretende Ministern in einem Parlament von 150 Abgeordneten.

ihr das Recht auf entschädigungslose Akquisition von weißem Farmland und ein Einklagen von Reparationsleistungen bei der früheren Kolonialmacht Großbritannien gegeben hätte. Davon erhoffte sich die Regierung vor allem eine Mobilisierung der ländlichen Bevölkerung. Die Gegner des Entwurfs wurden als Handlager von Siedlerinteressen verunglimpft. Die NCA führte dagegen eine massive und eingängige Kampagne durch, die deutlich machte, wie sehr sich der Verfassungsentwurf von den Wünschen der Bevölkerung unterschied. Auch der Versuch, der Erarbeitung und Verabschiedung des Verfassungsentwurfs durch eine internationale Expertengruppe Glanz und Legitimation zu verleihen, scheiterte: Der Prozeß der Diskussion über die Verfassung wurde weitgehend einhellig als Farce und Feigenblattveranstaltung für die Regierung bezeichnet.

Arroganz der Macht

All dies hätte der Regierung Mugabe eigentlich zu denken geben sollen, aber zur Torheit der Regierenden kam auch noch die Arroganz der Macht. Die Abstimmung wäre sonst sicherlich mit größerer Vorsicht und stärkerem Einsatz des Repressionsapparats der Regierung organisiert worden. So aber konnte nahezu jeder in Simbabwe ansässige Bürger durch Vorzeigen seiner Identitätskarte auch abstimmen, wovon in den Städten vor allem regimekritische Bürger Gebrauch machten. Das Fehlen einer Wählerregistrierung – wie sonst üblich – erschwerte ZANU-PF zudem die Mobilisierung der ländlichen Bevölkerung, die von der Verfassungsdiskussion weitgehend unberührt geblieben war und oft nicht einmal wußte, worum es beim Referendum eigentlich ging.

Das Scheitern der Reform von oben

Das Resultat des Referendums war bei einer insgesamt geringen Wahlbeteiligung von rund 31% eindeutig: 55% lehnten den neuen Verfassungsentwurf ab, 45% stimmten ihm zu. Damit hatte die Regierung Mugabe erstmals in ihrer 20jährigen Regierungszeit eine Niederlage erlitten. Sie wog um so schwerer, als hinter der NCA die neue, im September 1999 gegründete Oppositionspartei MDC in Wartestellung lauerte. Zunächst schien Präsident Mugabe sich mit dem Ergebnis abfinden zu wollen. In einer Fernsehansprache akzeptierte er die Niederlage und zeigte sich konziliant. Nun sickerte durch, daß es im Politbüro von ZANU-PF eine Diskussion um die Zukunft Mugabes gegeben hatte. Eine Gruppe sah für die Partei in den bevorstehenden Parlamentswahlen nur eine Chance, wenn Mugabe abgelöst würde. Die Mehrheit allerdings vertraute weiter auf Mugabe.

Entschädigungslose Enteignungen

Diese Herausforderung mag neben den einsetzenden Farmbesetzungen dazu beigetragen haben, daß Mugabe wenige Tage nach seiner Ansprache verkündete, mittels seiner absoluten parlamentarischen Mehrheit die Verfassung so zu ändern, daß die Regierung entschädigungslos Farmen enteignen könne und Großbritannien für alle Kompensationen aufzukommen habe. Dies deuteten die Kriegsveteranen zu Recht als Freibrief für weitere Farmbesetzungen. Deren Zunahme und die mit ihnen einhergehende Gewalt durch die Kriegsveteranen zerstörten Simbabwes internationale Reputation vollends und verschärften die Devisenengpässe sowie die internationale Isolation des Regimes. Damit senkten sie aber auch die Hemmschwelle, im beginnenden Wahlkampf auf Terror und Einschüchterung zu setzen.

Wahlen in der Krise: weder frei noch fair, aber mit akzeptablem Ergebnis

Der Wahlkampf für die Parlamentswahlen 2000 war weder frei noch fair; er kostete mehr als 30 Menschenleben und zog Gewalt gegen Tausende vermuteter oder tatsächlicher Oppositionsanhänger nach sich. Er begann unmittelbar nach dem für ZANU-PF verlorenen Verfassungsreferendum, wurde jedoch erst mit der – immer wieder verschobenen – Verkündung des Wahltermins Ende April offiziell eröffnet. Die Periode für die Wählerregistrierung mußte verlängert werden, um dem Ansturm der Wahlwilligen standhalten zu können.

Wahlkampf
weder frei noch fair

Die Bedingungen für die Parlamentswahlen

Es ist für jede Regierung von Vorteil, wenn Wahlen in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs stattfinden und die Wähler mit den allgemeinen Rahmenbedingungen zufrieden sein können. In Simbabwe mußten aus verfassungsrechtlichen Gründen Parlamentswahlen in der schlimmsten Wirtschaftskrise seit der Unabhängigkeit abgehalten werden. Abgesehen von der verarbeitenden Industrie sind von der Devisenknappheit, der Überbewertung der Währung und dem internationalen Imageverlust vor allem die Devisen erwirtschaftenden Branchen besonders hart betroffen. Die wirtschaftliche Krise mag zum gewalttätigen Verlauf des Wahlkampfs beigetragen haben: Was hatte die Regierung noch zu verlieren, wenn sie zu skrupellosen Mitteln griff?

Wahlen in der
Wirtschaftskrise

Zur unfairen und gewaltsamen Wahlkampagne haben ebenfalls die unterschiedlichen rechtlichen und politischen Startvoraussetzungen von Regierungs- und Oppositionsparteien bzw. unabhängigen Kandidaten beigetragen. Die Verfassung bevorteilt die Regierungspartei und den amtierenden Präsidenten in gravierender Weise:

Startvorteile der
Regierung

- ZANU-PF konnte sich immer der 30 Sitze sicher sein, die Präsident Mugabe persönlich nach gewissen Kriterien besetzen konnte und mußte also nur 46 der 120 umkämpften Wahlkreise gewinnen, um eine parlamentarische Mehrheit zu erringen.
- Als einzige Partei erhielt ZANU-PF Parteifinanzierung aus der Staatskasse; die Oppositionsparteien mußten sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge finanzieren.
- Trotz gerichtlicher Verfügung versagten der staatlich kontrollierte Rundfunk und die staatlichen Zeitungen der Opposition nahezu jegliche Publizität. Damit kam der unabhängigen Presse große Bedeutung zu. Es spricht für die simbabwische Öffentlichkeit, daß sich seit Jahresbeginn die Auflage der unabhängigen *Daily News* mehr als verdoppelte (rund 120 000), während die des staatlichen *The Herald* um mehr als die Hälfte schrumpfte (rund 50 000).
- Geheimdienst, Armee und Polizei standen ausschließlich im Dienst der Regierung und taten sehr wenig, um Leben, Eigentum und Rechte von

Klug taktierende
Opposition

Oppositionsanhängern zu schützen, wie es ihr Auftrag gewesen wäre. Sogar Urteile und Anordnungen des Obersten Gerichtshofs fanden keine Umsetzung.

Ein weiterer Faktor für die Gewaltbereitschaft der Regierung war das dynamische und politisch-taktisch kluge Auftreten der neuen Opposition. Die MDC hatte nicht nur ihr organisatorisches Gewicht hinter die Nein-Kampagne für die neue Verfassung gestellt, sondern auch im Januar 2000 einen überzeugenden ersten Parteitag abgehalten (die Partei war im September 1999 gegründet worden). Die Führungsspitze der MDC mit Morgan Tsvangirai, dem Generalsekretär des Gewerkschaftsdachverbands ZCTU, als Parteivorsitzendem und dem ZCTU-Präsidenten Gibson Sibanda, als seinem Stellvertreter, sowie prominenten Menschenrechtsanwälten, Wirtschaftsführern und Kirchenvertretern bot ein eindrucksvolles Bild der nicht-kompromittierten intellektuellen Elite des Landes. Die MDC wählte auch einige prominente Weiße in ihre Führung.

Erfolgreiche
Mobilisierungsstrategie

Es gelang der MDC rasch, im Zuge der Kampagne gegen die neue Verfassung ein landesweites Organisationsnetzwerk aufzubauen, in dem sich vor allem junge Menschen engagierten. Trotz der städtischen Basis gelang es NCA und MDC durch eine dezentralisierte und informelle Mobilisierungsstrategie, auch auf dem Land Fuß zu fassen: NCA- und MDC-Anhänger aus den Städten besuchten ihre Familien auf dem Land und informierten sie über die bevorstehende Abstimmung. Die Regierungspartei ZANU-PF konnte dagegen wenig ausrichten, es sei denn, sie unterband diese Form der Parteipropaganda gewaltsam. Im Vorfeld des Referendums fehlten ihr dazu die Mittel und die rechten Vollstrecker. Im Parlamentswahlkampf boten sich die Kriegsveteranen als willige Handlanger geradezu an.

Die Wahlkampfstrategie der Regierung

Kernelemente der
Regierungsstrategie

Nach der Niederlage im Verfassungsreferendum benötigte die Regierung Mugabe einige Zeit, um politisch wieder Fuß zu fassen. Sie setzte ab Anfang März 2000 auf eine Strategie

- politischen Terrors gegen vermutete und tatsächliche Oppositionelle,
- sie versuchte, in- und externe Sündenböcke für die Wirtschaftskrise aufzubauen, und
- machte die Landfrage (wieder) zum Leitthema des Wahlkampfs.

Forcierung der
Landbesetzungen

Die illegalen Besetzungen von mehr als 1600 Farmen bis zur Wahl im Juni 2000 durch Kriegsveteranen und von ihnen mobilisierte Arbeitslose und Jugendliche bestimmten das politische Klima während des Wahlkampfes entscheidend. Auslöser der Welle von Farmbesetzungen war die Ablehnung des neuen Verfassungsentwurfs im Referendum: die Kriegsveteranen hatten angenommen, nach dem Referendum zu Landbesitz zu kommen. Dabei kann davon ausgegangen werden, daß die Kriegsveteranen anfangs relativ autonom handelten, aber schon bald – obwohl es dafür keine offizielle Bestätigung gibt – in Absprache mit und Unterstützung durch Präsident Mugabe und seinen Beratern handelten. Für Präsident Mugabe und seine Regierung waren die Farmbesetzungen durch gewalt-

bereitete Kriegsveteranen ein Geschenk des Himmels. Der drastische Lösungsversuch der Landfrage durch die ZANU-PF nahestehenden Veteranen versprach,

- die treuesten, aber aufgrund vieler gebrochener Wahlversprechen apathischen, Anhänger von ZANU-PF, die Kleinbauern, noch einmal in größerem Ausmaß zu mobilisieren;
- die ländliche Basis der MDC unter den Farmarbeitern, die zu Recht befürchten mußten, nach einer Landreform à la Mugabe ohne Arbeit und Wohnung dazustehen, einzuschüchtern und zumindest von der Wahl abzuhalten; und
- die internationalen Geber, vor allem die Briten, aufgrund ihres Widerspruchs gegen die illegalen Farmbesetzungen als Sündenböcke für die Wirtschaftskrise und den Benzinmangel vorzuführen.

Die Regierung unterstützte die Kriegsveteranen finanziell mit 20 Mio. ZW\$, Logistik und Planung (durch die Armee) sowie durch einen präsidialen Freibrief für Farmbesetzungen. Daß die Veteranen unter ihrem Führer Hunzvi dabei zunehmend über das Ziel, sprich Farmen, hinausschossen – es wurden auch einzelne touristische Ziele, Buslinien, Holzplantagen, Sägemühlen und Minen besetzt und zum Teil geplündert –, wurde billigend in Kauf genommen, auch wenn dadurch die internationale Reputation des Landes schweren Schaden nahm. In den westlichen Medien wurde Simbabwe als gesetzloses Land porträtiert; die Bundesregierung und andere westliche Regierungen warnten vor Reisen nach Simbabwe.

Niedergang der
Rechtsstaatlichkeit

Die Fokussierung auf die Farmbesetzungen und den Terror der Kriegsveteranen zunächst gegen weiße Farmer und deren Farmarbeiter, dann aber zunehmend gegen Oppositionsanhänger hatte für Mugabe zwei weitere begrüßenswerte Nebenwirkungen:

Erwünschte
Nebenwirkungen

1. Er konnte innerparteiliche Herausforderer, wie Landwirtschaftsminister Kangai, abstrafen¹⁰ oder, wie Justizminister Mhangagwa und Innenminister Dabengwa, in die Schranken verweisen.

2. Die Farmbesetzungen lenkten vom andauernden und angesichts der Friedensunwilligkeit von Präsident Kabila kaum noch zu rechtfertigenden Einsatz von 11 000 simbabwischen Soldaten im Kongo ab. Das militärische Abenteuer hat nicht nur entscheidend zum Niedergang der simbabwischen Wirtschaft beigetragen, sondern auch bereits mehr als 600 Simbawern das Leben gekostet.

Die Oppositionsparteien und ihre Anhänger waren Opfer einer oftmals brutalen und zielgerichteten Einschüchterungskampagne der Regierungspartei ZANU-PF und ihrer Helfer, der Kriegsveteranen, um die Wählermobilisierung vor allem der MDC auf dem Land zu verhindern. Am Ende des blutigen Wahlkampfes waren 32 Tote und Hunderte von Verletzten und Gefolterten zu beklagen – nahezu allesamt Anhänger und Funktionäre der Oppositionsparteien. Der materielle Schaden an niedergebrannten und

Einschüchterung der
Opposition

¹⁰ Kangai gehörte wahrscheinlich zu den Kritikern Mugabes nach dem verlorenen Referendum. Er wurde am 21.3.2000 unter dem Vorwurf verhaftet, den Staat bei Getreideexporten um mehr als ZW\$ 200 Mio. betrogen zu haben. Nach Stellung einer Kaution befindet er sich wieder auf freiem Fuß, ist jedoch vom Dienst suspendiert.

geplünderten Häusern, Geschäften und Autos ist noch nicht abzusehen. In der Anfangsphase des Wahlkampfes waren es die Kriegsveteranen, die Angst und Schrecken unter Farmarbeitern auf den besetzten Farmen verbreiteten. Diese waren rasch als potentielle Wähler der MDC identifiziert worden und wurden zu nächtlichen *pungwes* – politischen Umerziehungsmaßnahmen – gezwungen, verprügelt, gefoltert und in einigen Fällen auch ermordet und ihr Besitz gebrandschatzt. In der auch in westlichen Medien gut dokumentierten Gewaltorgie kamen auch fünf weiße Farmer ums Leben. Die EU-Wahlbeobachtungsmission, verschiedene nationale Beobachtergruppen und auch die Organisation for African Unity (OAU) haben die zumeist von der ZANU-PF ausgehende Gewalt im Wahlkampf angeprangert. Die Drohungen gegen die Opposition – und hier vor allem gegen die MDC – wurden von Ministern der Regierung vorgegeben und von bewaffneten Banden von Kriegsveteranen und organisierten ZANU-PF-Anhängern umgehend in die Tat umgesetzt. Oftmals waren Geheimdienst, Polizei und selbst Armee-Einheiten an der Ausführung von Gewaltakten beteiligt. Die Polizei schaute in den meisten Fällen einfach zu und erklärte sich für nicht zuständig.

Dezentralisierung des
Terrors

Die direkte Gewalt im Zuge der Farmbesetzungen ließ unter dem Druck des Auslands und hier vor allem Südafrikas zwar ab Ende April etwas nach. Nunmehr fokussierten ZANU-PF und Kriegsveteranen aber ihre Gewaltaktionen auf kleinere Städte und *Growth Points*, die weniger im Interesse der Weltöffentlichkeit standen. In nächtlichen Aktionen konfiszierten die ZANU-PF-Sturmtruppen illegalerweise Ausweis- und Identitätspapiere von mutmaßlichen MDC-Anhängern, um diese am Wählen zu hindern, schlugen Kandidaten zusammen und ermordeten in einigen Fällen auch Oppositionsanhänger. In allen größeren Orten wurden ab Anfang Mai 2000 regelmäßige Versammlungen von ZANU-PF für alle Staatsbediensteten einberufen, auf denen die Regierungspartei ihr Programm verkündete und die Anwesenden auf sich einschwor. Besonderes Ziel der Terroraktionen waren Lehrer. Es wird geschätzt, daß rund 7000 zumeist in ländlichen Gebieten stationierte Lehrer während des Wahlkampfes in die Städte flohen, weil sie um ihr leibliches Wohl fürchten mußten. Als Folge schlossen 259 Grund- und Sekundarschulen. Die EU allein führt in ihrem Bericht über die Wahlen in Simbabwe 250 gewaltsame Vorfälle auf. Davon wurden 68% von Anhängern oder Mitgliedern von ZANU-PF verursacht und 18% von Kriegsveteranen und anderen Gruppen. MDC-Anhänger wurden für 6% (15) der Gewalttaten verantwortlich gemacht. Während die ZANU-PF-Spitze die Gewalttaten stillschweigend billigte, sprach sich die MDC-Führung klar gegen den Einsatz gewaltsamer Mittel im Wahlkampf aus.

Instrumentalisierung der
Staatsorgane

Der Unterschied zwischen Staatsorganen und ZANU-PF verwischte sich oft. Vor allem auf dem Land waren Polizisten in Gewaltakte gegen die Opposition verwickelt oder weigerten sich, Anzeigen entgegenzunehmen und Oppositionsanhängern Schutz vor Übergriffen zu gewähren. Zur Einschüchterung durch staatliche Stellen gehörte auch, daß in allen großen Städten bis kurz vor der Wahl permanente Polizeikontrollen durchgeführt wurden – ohne daß ersichtlich wurde, zu welchem Zweck. Die Stimmung

gegen die Opposition wurde von den staatlich kontrollierten Medien, vor allem aber von Politikern und vom Präsidenten aufgeputscht. Mugabe sprach, wenn er sich auf die MDC bezog, vom »Feind«; Kriegsveteranen-Führer Hunzvi drohte in einem BBC-Magazin-Interview damit, MDC-Präsident Tsvangirai »den Schädel spalten zu wollen«. Der flagrante Mißbrauch staatlicher Machtmittel, die Duldung gewaltsamer Übergriffe auf die Opposition und die direkte Aufhetzung im Wahlkampf durch die Regierung zeugen auch davon, wie bedroht sich die Regierung Mugabe in ihrer Macht sah. Die Vorstellung, »ihren« Staat mit einer gerade einmal neun Monate alten Oppositionspartei zumindest teilen zu sollen, erzeugte paranoide Ängste.

Die Ratio für den kalkulierten Zustand von Anarchie in Simbabwe, die illegalen Farmbesetzungen, die Ermordung von weißen Farmern und politischen Gegnern und auch die verbale Auseinandersetzung mit Großbritannien können auf eine besonders skrupellose Form von Wahlkampf reduziert werden. ZANU-PF und Mugabe setzten auf die Einschüchterung, in einigen Fällen auch auf die physische Eliminierung ihrer politischen Gegner, weil sie nur so glaubten, ihre Macht bewahren zu können. Die Hauptauseinandersetzung fand in den ländlichen Gebieten statt, da ZANU-PF dort eine Chance sah, den Vormarsch der MDC aufzuhalten. In den Städten offenbarte sich die geringe Wertschätzung der Regierungspartei bei sogenannten *star rallies*, zu der nur wenige Tausend Menschen freiwillig erschienen.

Wahlkampf
mit allen Mitteln

Die Wahlen

Angesichts des Mißbrauchs des staatlichen Gewaltmonopols und der ausgeübten Gewalt gegen Oppositionsanhänger war es verwunderlich, daß sich MDC-Anhänger und bedrohte weiße Farmer nicht in größerem Maß gewehrt haben. Seitens der Regierung wurde zwar immer wieder behauptet, die Gewalt sei von der MDC ausgegangen, aber das war angesichts von 32 Toten, die zur Opposition gehörten, reine Propaganda. Wohl gab es einige Übergriffe gegen ZANU-PF-Funktionäre und deren Eigentum, aber nur in unerheblichem Ausmaß. In den *townships* der großen Städte verhinderte oft die erdrückende Überzahl der MDC-Anhänger eine Eskalation der Gewalt. Hier wurden eher nächtliche Gesangswettbewerbe (von Parteiliedern) ausgetragen, als zu gewaltsamen Mitteln gegriffen. MDC versuchte mit einer groß angelegten Plakataktion und nächtlichen Treffen der Dominanz von ZANU-PF entgegenzutreten.

Passiver Widerstand der
Opposition

Die überzeugendste Antwort auf die gewaltsame Kampagne und Einschüchterung waren jedoch die großen Veranstaltungen von MDC. In direkter Konkurrenz zu ZANU-PF hielt MDC in Harare, Bulawayo und Mutare Großkundgebungen ab. Während zur Hauptveranstaltung von ZANU-PF mit Präsident Mugabe in Harare und Bulawayo jeweils weniger als 8000, zudem meist gezwungene Zuhörer kamen, strömten zu den entsprechenden MDC-Veranstaltungen mit Tsvangirai jeweils mehr als 25 000 Menschen. In Kwekwe verließen sogar Tausende das Stadion, als Mugabe

Zulauf zu Oppositions-
veranstaltungen

Internationale und nationale Wahlbeobachtung

ihnen zurief, daß er sich freue, daß sie alle freiwillig gekommen seien. In den Städten zeigte sich während des Wahlkampfes ein gerüttelt Maß an Zivilcourage, die in früheren Wahlen weitgehend gefehlt hatte. Auf dem Land machte sich diese Tugend nur vereinzelt bemerkbar.

Aufgrund der Erfahrungen aus früheren Wahlen in afrikanischen Ländern entschlossen sich EU, OAU und auch NRO schon einige Wochen vor der Wahl Beobachter nach Simbabwe zu schicken. Die EU stellte mit rund 100 Langzeitbeobachtern und weiteren 90 Kurzzeitbeobachtern das größte Kontingent. Der simbabwischen Regierung war bei der ganzen Sache recht unwohl. Sie mußte fürchten, daß ihre Verstöße gegen Fairness und Freizügigkeit der Wahlen bloßgestellt und angeprangert würden. Daher behinderten sie die Akkreditierung der Beobachter solange wie möglich und schlossen etliche NRO, darunter das National Democratic Institute aus den USA, von der Wahlbeobachtung aus. Auch die Akkreditierung nationaler Wahlbeobachter verzögerte sich teilweise bis in den ersten Wahltag hinein, weil die erst kurz zuvor mit der Akkreditierung betraute oberste Registrierungsbehörde der Aufgabe nicht gewachsen war. Am Ende waren rund 400 internationale Wahlbeobachter in Simbabwe, deren Arbeit durch rund 16 000 einheimische Beobachter ergänzt wurde. Letztere hatten jedoch oft Mühe, ihrem Auftrag nachzukommen, da sie von Kriegsveteranen und ZANU-PF gewaltsam daran gehindert wurden. Nichtsdestotrotz konnten vor allem die internationalen Beobachter in ihren Einsatzorten für eine Deeskalation der Gewalt sorgen und eine Art Schutzschild für die verfolgte und drangsalierte Opposition abgeben. Übergriffe auf dem Land konnten sie jedoch zumeist nicht verhindern, sondern nur noch nachträglich aufklären.

Uneinheitliche Reaktion der internationalen Gemeinschaft

Das westliche Ausland verhängte keine offenen Sanktionen gegen die Regierung Mugabe, hielt sich aber bei der Vergabe von Entwicklungshilfe, Krediten und Bürgschaften stark zurück. Vor allem in der britischen Presse, aber auch in den Medien anderer europäischer und amerikanischer Staaten wurden die Gewalttaten ausführlich dokumentiert und diskutiert, was eine Anti-Simbabwe-Haltung in der interessierten Öffentlichkeit hervorrief. In Simbabwe wurde dies mit gemischten Gefühlen registriert, da einerseits der Nationalstolz getroffen war, andererseits aber auch auf den Einfluß des Westens bei der Wiederherstellung von Recht und Ordnung gesetzt wurde. Von seinen Nachbarn in der Region erhielt Mugabe vorwiegend vorsichtige Unterstützung mit der Aufforderung zur Mäßigung – allerdings wurde diese Botschaft nicht sehr überzeugend vermittelt, da viele Regierungen in den Staaten der Southern African Development Community (SADC) fürchteten, in den Strudel der Krise in Simbabwe mit hineingezogen zu werden, würden sie sich zu stark einmischen.

Friedlicher Wahlverlauf trotz Manipulationen

Die beiden Wahltage verliefen überwiegend friedlich. Probleme gab es nur mit dem Wahlregister, das häufig nicht korrekt war und registrierte Wähler nicht aufwies, während Verstorbene immer noch darin auftauchten. Das Büro des verantwortlichen Registrar-Generals Tobaiwa Mudede fiel – wie schon bei den vorherigen Wahlen – durch Inkompetenz und kaum verkappte Parteilichkeit auf. Am Ende hatten knapp 2,5 Mio der

geschätzten 4,8 Mio Wähler ihre Stimme abgegeben. Damit war die Wahlbeteiligung in etwa genauso hoch wie bei den Wahlen 1995 und 1990. Aufgrund des starken Andrangs bei der Wählerregistrierung war durchaus eine höhere Beteiligung erwartet worden. Einschüchterungen, illegale Konfiszierung von Ausweispapieren und die allgemeine Gewaltsamkeit trugen wahrscheinlich dazu bei, daß weniger Menschen gewählt haben. Südafrikanische Zeitungen berichteten in der Woche vor der Wahl von Tausenden von Flüchtlingen aus Simbabwe, die versuchten, der Gewalt zu entkommen.

Trotz ungleicher Wahlkampfchancen, massiver Einschüchterung und etlicher Schwächen beim Wahlvorgang zeitigte die Parlamentswahl in Simbabwe ein Ergebnis, mit dem am Ende beide großen Parteien zufrieden waren. ZANU-PF gewann mit 62 die Mehrheit der 120 Wahlkreise, die MDC konnte jedoch aus dem Stand 57 Mandate für sich verbuchen. Ein Mandat fiel an die regionale ZANU-Ndonga-Partei (Chipinge-Bezirk). Tabelle 3 (S. 34) zeigt die Mandats- und Stimmenverteilung. Nach der übereinstimmenden Meinung der politischen Beobachter in Simbabwe hätte MDC bei einem fairen Wahlkampf wahrscheinlich mehr als 75 Sitze errungen und die Mehrheit im Parlament besessen. ZANU-PF hat vor allem dank ihrer Terroraktionen im ländlichen Raum als Regierungspartei überlebt.

Relativer Erfolg der
Opposition

Das Wahlergebnis und seine Folgen

Das Ergebnis

Ein Wunschergebnis?

Der Ausgang der Parlamentswahlen hat das Land nicht, wie vielerseits befürchtet, unregierbar gemacht. Der knappe Wahlsieg der ZANU-PF und die starke parlamentarische Präsenz der Oppositionspartei MDC mit 57 Sitzen ermöglichten jedoch erstmals grundlegende parlamentarische Kontrollen der Regierung. Der faktische Einparteienstaat hat aufgehört zu bestehen. Das Resultat entspricht sicherlich nicht ganz den hochgesteckten Erwartungen der MDC, war aber auch nicht schlecht genug, um zu gewaltsamen Protesten zu führen. Der Oppositionsführer Morgan Tsvangirai zeigte sich sogar zufrieden, weil seine Partei nunmehr Kontrollmöglichkeiten gewonnen hat, ohne von der Regierung für die wirtschaftliche Misere in die Verantwortung genommen werden zu können. Die MDC hat die Wahlen in rund 30 Wahlkreisen angefochten, in denen ZANU-PF nur mit knappem Vorsprung gewonnen hat. Die Regierung soll in wichtigen Wahlkreisen gezielt die rund 11 000 per Briefwahl abgegebenen Stimmen von im Kongo stationierten Soldaten eingesetzt haben. In anderen Wahlkreisen wiederum war die Einschüchterung so massiv, daß Oppositions-

Tabelle 3

Das Ergebnis der Parlamentswahlen vom Juni 2000 in Simbabwe

Wahlkreis	Sitze			Abgegebene Stimmen	MDC- Stimmen	MDC %	ZANU-PF- Stimmen	ZANU-PF %
	Total	MDC	And.					
Harare	19	19		389 968	296 052	75,9	85 286	21,9
Mashonaland Central	10		10	240 477	47 587	19,8	188 967	78,6
Mashonaland East	12	1	11	270 356	65 017	24,0	196 157	72,6
Mashonaland West	12	2	10	240 584	78 823	32,8	153 167	52,8
Bulawayo	8	8		170 396	142 379	83,6	22 350	13,1
Matabeleland North	7	7		143 425	105 492	73,6	30 062	21,0
Matabeleland South	8	6	2	154 636	91 747	59,3	56 165	36,3
Manicaland	14	7	6	266 328	125 808	47,2	123 394	46,3
Masvingo	14	2	12	277 001	92 088	33,2	163 018	58,9
Midlands	16	5	11	340 754	126 058	37,0	193 736	56,9
Gesamt	120	57	62	2 493 925	1 171 051	47,0	1 212 302	48,6

kampagnen kaum möglich waren oder Kandidaten und Anhänger vor allem von MDC um ihr Leben fürchten mußten.

Das Wahlergebnis läßt folgende Rückschlüsse zu:

- Es gelang der MDC nur in geringem Maß, in die ländlichen Wahlbastionen der ZANU-PF einzudringen; dort funktionierte das eingangs beschriebene Patronage- und Einschüchterungssystem der Regierungspartei auch weiterhin und hielt dem Druck der MDC mit Hilfe der Kriegsveteranen stand.
- MDC ist weitgehend eine Partei der urbanen und regionalen Protestwähler, die von den Auswirkungen der Wirtschafts- und Versorgungskrise am stärksten betroffen sind.
- Provinzen wie Matabeleland Süd und Nord, in denen ZANU-PF auch mehr als 12 Jahre nach der Vereinigung mit PF-ZAPU nicht wirklich respektiert wird, und Provinzen wie Manicaland, Masvingo und Midlands, in denen ZANU-PF in Fraktionen zerfällt, haben sich ebenfalls zumindest teilweise dem Protest angeschlossen und für die Opposition gestimmt.
- Die Niederlagen hochrangiger ZANU-PF-Repräsentanten und Minister – allen voran Justizminister E. Mnangagwa, Innenminister D. Dabengwa und Lokalverwaltungsminister J. Nkomo – zeugen von der großen Verdrossenheit der urbanen Wähler gegenüber den alten und verbrauchten Machtrepräsentanten. Weitere Minister hatten bereits in den ZANU-PF-internen Vorwahlen die Segel streichen und jüngeren, mehr wirtschaftsorientierten Politikern den Vortritt lassen müssen.
- Die machiavellistische Machtpolitik der Regierungspartei trug ihre Früchte – große Teile der der Opposition zuneigenden Farmarbeiter sind wohl nicht zur Wahl geschritten. Zudem hat die strategische Zuschneidung einiger Wahlkreise durch eine regierungsnahe Wahlkreis-Kommission dem Sieg von ZANU-PF-Kandidaten in einigen Fällen nachgeholfen.

Im neuen Parlament wird ZANU-PF mit 92 von 150 Sitzen dank der 30 präsidentiellen Nominierungen weiterhin eine komfortable Mehrheit besitzen. Die für Verfassungsänderungen erforderliche Zweidrittelmehrheit ist ihr jedoch versagt geblieben. Dies läßt in Zukunft auf ein gestärktes Parlament hoffen, in dem Sachdebatten geführt und Akklamationsentscheidungen vermieden werden.

Verlust der verfassungsändernden Mehrheit

Konsequenzen für ZANU-PF

Die Regierungspartei ist noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen. Sie hat eine knappe Stimmenmehrheit und eine komfortable Parlamentsmehrheit behaupten können, aber ihre unumschränkte Macht eingebüßt. Die erste Aufgabe für Präsident Mugabe bestand in der Ernennung eines neuen Kabinetts und der zwölf von ihm direkt auszuwählenden Parlamentarier, von acht Provinz-Gouverneuren und zehn traditionel-

Das neue Kabinett

Tabelle 4
Das neue Kabinett

<i>Ressort</i>	<i>Minister</i>	<i>Neu/Alt</i>	<i>Kommentar</i>
Äußeres	Stan Mudenge	Alt (gleiches Ressort)	Gilt als treuer Gehilfe Mugabes, ohne große Hausmacht
Finanzen	Dr. Simba Makoni	Neu; ernannter Parlamentarier	Früherer Exekutivsekretär der SADC, hohes internationales Ansehen; gilt als kritischer Geist; Hausmacht in Manicaland
Verteidigung	Moven Mahachi	Alt (gleiches Ressort)	Stammt aus der alten Garde, Mugabe-treu; Manicaland
Land und Landwirtschaft	Joseph Made	Neu; ernannter Parlamentarier	Vorher bei Agritex und ARDA, Technokrat mit wenig Eigeninitiative; keine Hausmacht
Ländliche Ressourcen und Wasser	Joyce Mujuru	Alt (gleiches Ressort)	Alibi-Frau im Kabinett; war eigentlich amtsmüde, mußte aber noch einmal antreten; Hausmacht in Mashonaland Central
Inneres	John Nkomo	Alt (neues Ressort); ernannter Parlamentarier	Trouble-shooter für Mugabe, Ndebele; zunehmend kritischer; gewisse Hausmacht in Matabeleland
Bergbau	Sidney Sekeremayi	Alt (neues Ressort)	Aufwertung im Status (zuvor Staatsminister für Sicherheit), aber de facto Machteinbuße; Mugabe-treu; Hausmacht in Mashonaland Ost
Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten	Dr. Ignatius Chombo	Alt (neues Ressort)	Wechselte aus dem Bildungsministerium; angeheirateter Verwandter Mugabes; Hausmacht in Mashonaland West
(Höhere) Bildung	Herbert Murerwa	Alt (neues Ressort)	War ineffektiv als Finanzminister; neues Ressort ist problematisch; Mugabe-treu; keine Hausmacht
Erziehung und Kultur	Sam Mumbengegwi	Neu; ernannter Parlamentarier	Unbeschriebenes Blatt
Industrie und Handel	Nkosana Moyo	Neu; ernannter Parlamentarier	Geschäftsmann, Ndebele; soll Beziehungen zur Wirtschaft verbessern; politisch unbeschriebenes Blatt
Umwelt	Francis Nhema	Neu (neugeschaffenes Ministerium); ernannter Parlamentarier	Neuer Stellenwert für Umwelt; keine Hausmacht
Justiz	Patrick Chinamasa	Neu: ernannter Parlamentarier	Zuvor Generalstaatsanwalt, Mugabe-treu und effektiv; keine Hausmacht

<i>Ressort</i>	<i>Minister</i>	<i>Neu/Alt</i>	<i>Kommentar</i>
Jugend und Sport	Border Gezi	Neu (neugeschaffenes Ministerium)	Zuvor Gouverneur von Mashonaland Central; belohnt für seinen Wahlkampfereinsatz; Mugabe-treu mit wachsender Hausmacht
Transport und Energie	Paul Mangwana	Neu; ernannter Parlamentarier	Unbeschriebenes Blatt
Gesundheit	Dr. Timothy Stamps	Alt (gleiches Ressort)	Alibi-Weißer im Kabinett; mäßig effektiv, aber gleicher Posten schon seit 10 Jahren; keine Hausmacht
Information (im Präsidentenamt)	Dr. Jonathan Moyo; Staatsminister	Neu	Belohnt für seinen Opportunismus; »Lautsprecher« der Regierung; keine Hausmacht
Sicherheit	Nicholas Goche, Staatsminister	Alt (neues Ressort)	Zuvor stellvertretender Außenminister; Mugabe-treu; keine Hausmacht

len Führern.¹¹ Für ZANU-PF war es problematisch, das Scheitern von zwei Dritteln aller Minister in den Vor- und Parlamentswahlen auszugleichen. Mugabe löste dieses Problem – auch wenn es beinahe vier Wochen dauerte – recht elegant: er verkleinerte sein Kabinett von 27 auf 19 Ministerposten, berief vor allem als unpolitisch geltende Fachleute zu neuen Ministern und nutzte seine Ernennungskompetenz, um einige wichtige gescheiterte Minister zurückzuholen. Von der alten Garde blieben nur wenige im Kabinett oder kamen zu politischen Posten. Die Mehrzahl der neuen Minister sind Technokraten ohne politische Hausmacht, die von Mugabes politischer Patronage abhängig sein werden, um im Amt zu bestehen. Die einzigen beiden neuen Minister mit einem gewissen Eigenstatus sind Simba Makoni (Finanzen) und Nkosana Moyo (Industrie und Handel).

Von den bisherigen Regimestützen blieben lediglich E. Mnangagwa, der als ehemaliger Justizminister zum Parlamentssprecher ernannt wurde, der Parteivorsitzende John Nkomo (vormals Lokalverwaltung), der nunmehr das Innenministerium unter sich hat, Joyce Mujuru im Ministerium für ländliche Ressourcen und Wasser sowie Moven Mahachi im Verteidigungsministerium übrig. Der Wahlkampfleiter von ZANU-PF und hartnäckige Schönredner Jonathan Moyo erhielt das Informationsressort. Der unermüdliche Wahlkämpfer und Gouverneur von Mashonaland Central Province, Border Gezi, wurde mit dem Jugendministerium belohnt, obwohl er mehr erwartet haben mag. Weitere als Minister-Kandidaten gehandelte Politiker wie Chenjerai Hunzvi oder Phillip Chiyangwa wurden übergangen. Im Fall von Hunzvi geschah dies sicherlich aus der Erwägung, ihm nicht auch noch formale Macht zu geben. Mugabe war sich der wachsenden Gefahr – sowohl im Hinblick auf seine eigene Macht als auch

Regimestützen

¹¹ Die eigentliche Auswahl wird vom »Häuptlingsrat« vorgenommen, Mugabe obliegt es, diese Abgeordneten zu bestätigen.

Generationswechsel

bezüglich der Wirkung einer Kabinettsberufung Hunzvis auf die Geber – wohl bewußt geworden. Mugabe gelang es jedoch nicht, oppositionelle Kräfte für sein neues Kabinett zu gewinnen. Eine Regierung der nationalen Einheit, die effizient die wirtschaftliche Misere beheben könnte, kam nicht zustande. Auf Versuche in diese Richtung deuteten Gerüchte von hohen Summen, die MDC-Abgeordneten geboten wurden, damit sie einen Ministerposten annehmen. Wie ernsthaft die Kooptation einzelner Oppositions-abgeordneter durch die Regierung betrieben wurde, bleibt jedoch offen.

Dennoch hat mit den Wahlen vom Juni 2000 für ZANU-PF ein Generationswechsel stattgefunden. Die alte Garde der Befreiungskämpfer ist weitgehend abgelöst worden von jüngeren, wirtschaftsfreundlichen Abgeordneten, was sich bereits in den partei-internen Vorwahlen andeutete. Daher besteht im immer noch von der alten Garde dominierten Politbüro von ZANU-PF die Besorgnis, daß nicht alle der neuen Parlamentarier der Partei-
linie folgen werden, wie dies im alten Parlament der Fall war. Das veran-
laßte Präsident Mugabe noch vor der Ernennung des Kabinetts, der ver-
sammelten Fraktion Verhaltensmaßregeln und politische Leitlinien mit
auf den Weg zu geben. Hier liegt für Mugabe und seine Herrschaft momen-
tan das größte Problem: er kann sich der Loyalität der oft jungen und wirt-
schaftsorientierten neuen Parlamentarier nicht ganz sicher sein, wenn es
um grundsätzliche Entscheidungen, wie etwa die Beendigung des Kongo-
Abenteuers oder ein neues wirtschaftliches Reformpaket geht. In Einzelfäl-
len könnte es durchaus ein Zusammengehen von MDC- und ZANU-PF-Abge-
ordneten geben.

Verlust des Matabele-
landes

ZANU-PF hat nahezu ihre ganze Basis in den Matabeleland-Provinzen eingebüßt. Das politische Ergebnis der Vereinigung mit PF-ZAPU vom Dezember 1987 ist damit hinfällig geworden, da nur noch zwei von 23 Wahlkreisen an ZANU-PF gefallen sind. Die zum Teil gravierenden Niederlagen selbst wichtiger Minister, wie Dabengwa (Inneres), Simon Kaya Moyo (Umwelt und Tourismus), Lesabe (Arbeitsbeschaffung und Frauen), machen deutlich, wie wenig der Unity Accord von 1987 in der Bevölkerung ange-
nommen und wie wenig die Massaker der Armee 1983/84 an der Zivil-
bevölkerung in Vergessenheit geraten waren. Den Kommentaren von Präsi-
dent Mugabe zufolge hat er die beiden Provinzen und Bulawayo bereits
abgeschrieben. Er versuchte, die verheerende Niederlage seiner Partei im
Matabeleland mit Tribalismus und Ethnizität abzutun, stieß damit aber
bei den Provinzfürhungen auf heftigen Widerspruch. Abgesehen von der
geringen Vertretung von Abgeordneten aus Matabeleland besitzt die
ZANU-PF-Fraktion noch ein zweites Repräsentationsproblem: lediglich fünf
Frauen wurden über ZANU-PF ins Parlament gewählt, und nur eine wurde
mit einem Ministerposten bedacht (Mujuru). Dennoch nominierte Mugabe
keine weiteren Frauen als Abgeordnete nach. Dies mag sich in Zukunft
negativ auswirken, wenn die MDC dies zu einem Thema machen sollte.

Schwierige Zähmung der
Kriegsveteranen

Eine andere Gruppe, die sicherlich erwartet, für ihre Verdienste im
Wahlkampf berücksichtigt zu werden, sind die Kriegsveteranen. Zwar ist
ihr Führer Hitler Hunzvi über einen sicheren Wahlkreis ins Parlament
gekommen, er erhielt jedoch keinen Kabinettsposten, und weitere

Veteranen sind nicht im Parlament vertreten. Um deutlich zu machen, daß die Veteranen als politischer Machtfaktor noch vorhanden sind, wurden unmittelbar nach den Wahlen weitere Farmen besetzt. Das täglich erscheinende Informationsbulletin der Commercial Farmers Union (CFU) berichtet seit Ende Juni von etlichen neuen Übergriffen, Besetzungen und Todesdrohungen gegen nicht kooperationswillige Farmer. Mugabe kündigte darüber hinaus an, die Regierung wolle nun rund 3000 Farmen in Besitz nehmen. Andererseits sind innerhalb des Kriegsveteranenverbands Brüche aufgetreten, die zur später revidierten Absetzung des Vorsitzenden Hunzvi und zum Rücktritt des Vorstands geführt haben. Hunzvi hat die restliche Verbandsspitze gegen sich aufgebracht, weil er Gelder einer Firma, die den Kriegsveteranen gehört, veruntreut haben soll. Trotz der inneren Probleme üben die Veteranen weiterhin starken politischen Druck aus und plädieren für eine Fortsetzung und Konsolidierung der *accelerated landreform*. Präsident Mugabe bleibt daher kein einfacher Ausweg aus der Krise: er kann die Veteranen nicht rasch bändigen, und sein Mittelsmann Hunzvi verliert zunehmend an Einfluß auf die Veteranen.

Die Kriegsveteranen und ihre Farmbesetzungen sind das wichtigste politische Pfund, mit dem ihr ins Parlament gewählter Führer Hunzvi seine persönlichen Ambitionen durchsetzen kann. Durch die Wahl ins Parlament kann er sich zunächst einmal der weiteren juristischen Verfolgung wegen Betrugs und Nicht-Achtung des Gerichts entziehen, wofür er im Mai 2000 verurteilt wurde, aber nach Zahlung einer Kaution auf freiem Fuß blieb. Es wird vermutet, daß er mit einem Abgeordnetenmandat nicht zufrieden ist und sein Ehrgeiz die Nachfolge Mugabes einschließen könne. Auch deswegen werden die Farmbesetzungen und die willkürliche Anwendung von Gesetzen nicht enden.

Das Problem Hunzvi

Die ungeklärte Nachfolge von Präsident Mugabe wird weiterhin eine Belastung für ZANU-PF bleiben. Gegenwärtig ist unklar, ob Mugabe nicht selbst noch einmal zur nächsten Präsidentschaftswahl im Jahr 2002 antritt. Sollte dies der Fall sein, ist eine Spaltung von ZANU-PF durchaus vorstellbar, da Mugabes potentielle Erben nicht noch länger warten wollen. Zu ihnen gehören:

Favoriten für die Mugabe-Nachfolge

- Der ehemalige Justizminister und neue Sprecher des Parlaments Emerson Mnangagwa, der schon seit einiger Zeit als Favorit gilt, aber seinen Wahlkreis verlor und in eine Kontroverse über seine Herkunft (sambischer Abstammung) verstrickt war. Daß Mugabe weiterhin auf ihn baut, zeigt seine Berufung zum Parlamentssprecher. Sein großer Vorteil liegt in der langjährigen Karriere im Sicherheitsapparat, die ihm wichtiges machtpolitisches Wissen eingebracht hat. Zudem verfügt er über ein weit geknüpftes Kontaktnetz nicht nur im Sicherheitsapparat, sondern auch in der Parteihierarchie. In der Bevölkerung ist er gefürchtet und wenig beliebt; ihm wird nachgesagt, die Terrorkampagne in Matabeleland 1983/84 organisiert zu haben.
- Der Minister ohne Portfolio Eddison Zvobgo, dessen Machtbasis in der Masvingo-Provinz liegt. Zvobgo gilt schon seit über einem Jahrzehnt als potentieller Herausforderer Mugabes, der ihn mehrmals vergeblich kalt-

Mnangagwa

Zvobgo

zustellen versuchte, aber immer wieder auf seine Dienste – u.a. als Architekt der autokratischen Präsidialverfassung und Geldbeschaffer für die Wahlkämpfe 1995 und 1996 – angewiesen war. 1998/9 versuchte Zvobgo sich in eine günstige Position für eine letzte Herausforderung von Mugabe zu bringen, wurde aber rechtzeitig von Mugabe in seinen Ambitionen gebremst. Im neuen Kabinett ist er nicht mehr vertreten, obwohl er seinen Wahlkreis in Masvingo sicher behaupten konnte. Er hätte den Vorteil, ein idealer Kompromißkandidat für die unzufriedenen und von der zentralen Machtausübung ausgeschlossenen regionalen ZANU-Gruppierungen aus Masvingo, Manicaland, den Midlands und den Matabeleland-Provinzen zu sein.

Außenseiter

Ein Außenseiter mit gewissen Chancen, die aber verheerende Folgen für Simbabwe hätten, ist Kriegsveteranen-Führer Hunzvi. Andere Präkandidaten auf den Thron, wie der ehemalige Landwirtschaftsminister Kangai oder Bergbauminister Sekeremayi, haben an Boden eingebüßt. Kangai, weil er dabei ertappt wurde, den Staat um 224 Mio. ZW\$ betrogen zu haben, Sekeremayi, da er die Kontrolle über den gefürchteten Sicherheitsapparat abgeben mußte.

Erosion der
Autorität Mugabes

Präsident Mugabe ist in seiner Stellung und Autorität nicht mehr so unangefochten wie bisher. Es mehren sich in der Partei die Rufe (allerdings aus der dritten Reihe), die seinen Rücktritt fordern. Nachdem aber beim Sonderparteitag am 15. und 16. Dezember 2000 die Mugabe-Getreuen sogar verhindert haben, daß die Frage des Präsidenschaftskandidaten als Tagesordnungspunkt behandelt wurde, deutet wenig darauf hin, daß der Präsident bereit ist, auf eine derartige Forderung einzugehen. Bei einer sehr wahrscheinlichen erneuten Kandidatur würde Mugabe wohl, wenn gleich unter Murren seiner Partei, auch nominiert werden. Nachdem er nicht nur in Großbritannien von Homosexuellenvereinigungen verfolgt wird, sondern auch in den USA rechtliche Schritte gegen ihn (Vergehen gegen die Menschenrechte) eingeleitet worden sind, wird Mugabe befürchten, daß er einen etwaigen Ruhestand nicht in Ruhe verbringen kann. Seine Alternativen sind, entweder selbst an der Macht zu bleiben oder einen Nachfolger einzusetzen, der ihn vor etwaigen gerichtlichen Verfolgungen durch Opfer seiner Politik oder Menschenrechtsgruppen schützt. Für letzteres kommen im Augenblick vor allem E. Mnangagwa und S. Sekeremayi in Frage, die beide als ehemalige Chefs der Sicherheitsorgane eng mit den Vorgängen der Ära Mugabe verbunden sind. Beide benötigten auch die Unterstützung des Partei-Patriarchen, um an die Macht zu gelangen, da keine der verschiedenen regional definierten ZANU-PF-Gruppierungen stark genug ist, um einen eigenständigen Kandidaten durchzusetzen. Solange die Nachfolge-Frage innerhalb von ZANU-PF nicht geklärt ist, wird sich Mugabe immer wieder mit Positionskämpfen konfrontiert sehen, die leicht zur Belastung für die Regierungsarbeit werden können. Sollte er sich – wie zu vermuten – für eine erneute Kandidatur entschließen, wird der Präsidentenwahlkampf im Jahr 2002 eine hohe Gewalttrate aufweisen.

Konsequenzen für MDC

MDC-Chef Tsvangirai lehnte es sofort nach der Wahl ab, zusammen mit ZANU-PF eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Damit verhinderte er, daß MDC für die Fehler der alten Regierung mit zur Rechenschaft gezogen wurde. Es muß sich jedoch erst noch erweisen, ob die MDC ausreichend Kraft und politische Substanz besitzt, um die neue Regierung zu einer rationaleren Wirtschafts- und Außenpolitik zu bewegen. Angesichts der ungezähmten außerparlamentarischen Sturmtruppen Mugabes – in Gestalt der Kriegsveteranen –, der ungefährdeten parlamentarischen Mehrheit von ZANU-PF und der außerordentlichen Machtfülle des Präsidenten ist dies eher zu bezweifeln. Die Niederlage von Tsvangirai im Wahlkreis Buhera Nord gegenüber dem früheren Gouverneur der Manicaland-Provinz Manyonda wird zunächst keine Auswirkungen auf die parlamentarische Arbeit der neuen Oppositionspartei haben. MDC verfügt über ausreichend qualifizierte Persönlichkeiten, wie den Partei-Vize Gibson Sibanda, den Generalsekretär Welshman Ncube oder die Menschenrechtsanwälte Tendai Biti und David Coulthard, um ZANU-PF eine gewichtige Opposition entgegenzustellen.

Opposition im Parlament

Es bleibt jedoch abzuwarten, ob es Tsvangirai von seiner außerparlamentarischen Position aus gelingt, die äußerst heterogene Partei zusammenzuhalten, die mehr ein Bündnis denn eine Partei im eigentlichen Sinn ist. MDC ist ein bunt zusammengewürfelter Haufen aus Gewerkschaftlern und Unternehmern, Menschenrechtlern und kleinen Geschäftsleuten, Kirchenvertretern und Opportunisten. Bislang wurde das Bündnis weitgehend von der Persönlichkeit Tsvangirais und dem überwältigendem Wunsch nach einem politischen Wechsel zusammengeschweißt. Da dieser Wunsch nur teilweise realisiert werden konnte und die parlamentarische Stärke der MDC nicht ausreicht, um einen politischen Wandel jetzt schon durchzusetzen, könnte es innerhalb der MDC bald zu ersten Spannungen kommen. Bereits im Vorfeld der Wahlen gab es immer wieder Hinweise auf Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Gewerkschafts- und Unternehmerflügel der Partei. Vom Ausgang solcher Dispute wird es maßgeblich abhängen, ob mit der MDC als politischer Kraft auch bei den 2002 anstehenden Präsidentschaftswahlen zu rechnen sein wird. Das Schicksal von erfolglosen Oppositionsparteien in Kenia, Sambia oder Botswana sollte hier ein warnendes Beispiel sein, zumal auch ZANU-PF angeblich schon versucht, einzelne MDC-Parlamentarier zu einer Mitarbeit im Kabinett zu bewegen.

Heterogenität gefährdet Einheit

Wie Tabelle 5 zeigt, gewann die MDC alle großstädtischen Wahlkreise in Harare, Bulawayo und Gweru; hinzu kamen weitere acht Sitze in anderen Städten. Rein ländliche Wahlkreise fielen nur in den Matabeleland-Provinzen und vereinzelt in anderen Provinzen an die MDC. MDC muß dem Ruf begegnen, eine Partei der Städter und Protestwähler zu sein, sonst wird sie auch in Zukunft Probleme haben, eine landesweite Mehrheit zu finden. ZANU-PF wird sicherlich versuchen, die Opposition in Fragen der Landreform und der ländlichen Entwicklung als unsensibel zu porträtieren.

Städtische Basis

Dennoch hat die MDC ihr ländliches Wählerpotential längst nicht ausschöpfen können. Vor allem Farmarbeiter wurden durch die massive Einschüchterung der Kriegsveteranen und der ZANU-PF-Aktivisten überwiegend vom Wahlakt abgeschreckt. Ähnliches gilt wohl auch für die Bewohner kleinerer Städte und der sogenannten *Growth Points*.

Tabelle 5
Die Städtische Basis der MDC

Provinz	ZANU-PF		MDC		Andere	Gesamt
	Urban	Ländlich	Urban	Ländlich		
Harare	0	0	19	0	0	19
Bulawayo	0	0	8	0	0	8
Manicaland	0	6	1	6	1	14
Mashonaland Central	1	9	0	0	0	10
Mashonaland East	2	9	0	1	0	12
Mashonaland West	3	7	1	1	0	12
Masvingo	0	12	1	1	0	14
Matabeleland North	0	0	1	6	0	7
Matabeleland South	0	2	1	5	0	8
Midlands	0	11	3	2	0	16
Gesamt	6	56	35	22	1	120

Wachsende Spannungen
in den Großstädten...

Die recht klare Trennung in urbane Einflußgebiete für MDC und ländliche Hochburgen für ZANU-PF hat in einigen Großstädten bereits zu Spannungen geführt. In den Vorstädten von Harare verprügeln Polizei und Armee seit Anfang Juli 2000 systematisch vermutete oder tatsächliche Oppositionsanhänger. Auch die Tragödie im Nationalstadion von Simbabwe am 9. Juli 2000, als 13 Menschen, darunter vier Kinder, in Panik während eines Fußball-Länderspiels zu Tode getrampelt wurden, muß hier eingeordnet werden. Die Polizei-Kräfte nahmen vereinzelt Flaschenwürfe enttäuschter Fans – der Gegner hatte gerade das 2:0 erzielt – zum Anlaß, wahllos Tränengas-Granaten in die Menge zu feuern. Dies geschah wohl in nervöser Reaktion darauf, daß die Mehrheit im Stadion zuvor MDC-Parolen skandiert hatte. Mugabe bestätigte dies indirekt, als er im nachhinein die Slogans der MDC-Anhänger für die Toten verantwortlich machte.

...vor den anstehenden
Lokalwahlen

Die anstehenden Lokalwahlen in den Städten Harare, Bulawayo und Masvingo, bei denen auch ein neuer exekutiver Bürgermeister gewählt wird, können dazu führen, daß wichtige Metropolen des Landes von der Opposition regiert werden. Wie stark die Antipathie gegen ZANU-PF auch weiterhin ist, zeigt folgendes Beispiel: MDC-Anhänger haben in Harare und Mutare begonnen, Gemüse und Obst aus bestimmten ZANU-PF-Hochburgen, wie Murehwa und Mutoko, auf den Großmärkten nicht mehr zu akzeptieren. Damit werden die politischen Gräben vertieft, aber der für viele Gewalttaten verantwortlichen mittleren ZANU-Funktionärsbene

signalisiert, daß die MDC dem politischen Druck nicht ganz hilflos gegenübersteht.

Regionale Auswirkungen

Die Krise in Simbabwe ist auch an der SADC nicht spurlos vorbeigegangen. Die 14 Mitglieder umfassende Wirtschaftsgemeinschaft des südlichen Afrika ist im Begriff, eine Freihandelszone zu etablieren, die zu vertiefter regionaler Integration und vermehrtem Wohlstand in den Mitgliedsländern führen soll. Bis zum 1. September 2000 sollen die letzten Hindernisse dafür aus dem Weg geräumt worden sein. Die Krise in Simbabwe kam äußerst ungelegen. Deren wesentliche politische Auswirkungen auf die SADC lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Politische Auswirkungen auf die SADC

- Destabilisierung unruhiger Rassenbeziehungen in Ländern, wie Südafrika, Namibia und selbst Sambia (Inder), durch die Art und Weise, wie Präsident Mugabe Hautfarbe (weiße Farmer) zum politischen Faktor in Simbabwe machte. Die Destabilisierungskosten erneuter Rassenkonflikte in Südafrika und Namibia wären enorm.
- Destabilisierung noch ungelöster Landreformprozesse in den Nachbarstaaten Simbabwes. Auch Südafrika und Namibia haben die ungleiche Landverteilung zwischen Weiß und Schwarz noch längst nicht gelöst, setzen aber auf einen rechtsstaatlichen Weg, um die produktive Landwirtschaft und damit die jeweilige Volkswirtschaft nicht zu schädigen. Mugabes Aufforderung an namibische Kleinbauern, dem simbabwischen Beispiel zu folgen, wurde in Windhoek und Pretoria mit Besorgnis registriert.
- Belastung der bilateralen Beziehungen in der SADC. SADC-Führer haben sich mehrmals mit Präsident Mugabe getroffen, um ihn – ohne viel Erfolg – hinter den Kulissen zur Mäßigung bei den Farmbesetzungen und der Gewaltanwendung im Wahlkampf zu bewegen. Die schlechte Reputation Simbabwes machte sich auch bei den Nachbarländern bemerkbar, da Investoren die SADC-Region mieden. Dazu fiel Simbabwe als verlässlicher Partner in der SADC seit Beginn des Jahres fast völlig aus, was den Fortschritt bei der Realisierung verschiedener Integrationsprotokolle behindert haben mag.
- Fehlen eines geeigneten Interventionsmechanismus innerhalb der SADC. Die Krise in Simbabwe und ihre möglichen internationalen Konsequenzen (etwa Sanktionen gegen das Land) deckten auf, wie wenig die SADC auf solche Situationen vorbereitet und wie stark die Gemeinschaft dabei auf Hilfe von außen angewiesen ist.

Im wirtschaftlichen Bereich waren die negativen Auswirkungen der Krise in Simbabwe auf die SADC noch weitgehender. Simbabwe hat nach Südafrika die zweitwichtigste und diversifizierteste Volkswirtschaft in der SADC und besitzt relativ ausgeprägte wirtschaftliche und infrastrukturelle Verbindungen mit all seinen übrigen Nachbarn. Das Land ist zudem der zentrale Teil des regionalen Transport- und Elektrizitätsnetzwerks und immens wichtig für die intraregionalen Wirtschaftsbeziehungen. Schließ-

Wirtschaftliche Auswirkungen

lich besitzt Simbabwe auch enge Handelsbeziehungen mit Südafrika, die für einen wesentlichen Teil des intraregionalen Handelsaufkommens bürden. Alle Unterbrechungen und Störungen des normalen Geschäftsbetriebs in Simbabwe haben daher sofort negative Auswirkungen auf Botswana, Malawi, Mosambik, Südafrika und Sambia. Im einzelnen sind folgende wirtschaftliche Konsequenzen der simbabwischen Krise in der SADC zu spüren:

- Rückgang des Handels zwischen Simbabwe und seinen Nachbarn, vor allem mit Südafrika. Für Südafrikas verarbeitende Industrie ist der Absatzmarkt Simbabwe wichtig, da ein großer Teil der Exporte dorthin verarbeitete Produkte aus beschäftigungsintensiven Industrien sind. Seit 1998 haben sich die Exporte Südafrikas nach Simbabwe stark reduziert und sind im Jahr 2000 noch einmal stark gefallen, da sich Südafrikas Banken und Versicherungsunternehmen weigern, Handelskredite bzw. -garantien für Exporte nach Simbabwe auszustellen. Der Handel zwischen Simbabwe und anderen SADC-Staaten ist ebenfalls zurückgegangen. Das hat das gesamte intraregionale Handelsaufkommen reduziert und stellt letztlich das SADC-Handelsprotokoll in Frage.
- Erschwerung des Transithandels. Da etliche Staaten der Region keinen Zugang zum Meer besitzen, aber einen großen Teil ihres Handels mit Ländern in Übersee abwickeln, kommt Simbabwe als geographischer Mitte der Region eine wichtige Funktion als Transit-Drehscheibe zu. Aufgrund der Benzinknappheit und der Unruhen war in einigen Monaten (März, April, Juni) ein ungestörter Verkehrsfluß durch Simbabwe nicht möglich.
- Wechselkursschwankungen und Börseneinbrüche. Die negative Berichterstattung der Weltpresse über Simbabwe trug in Südafrika, Sambia und Malawi zu starken Wechselkursverlusten und Einbrüchen bei Börsennotierungen bei. Der südafrikanische Rand verlor zwischen Januar und Mai 2000 rund 15% seines Außenwerts gegenüber dem US-Dollar (allerdings auch bedingt durch dessen Stärke), ehe er sich wieder etwas erholte. Die Situation wurde leicht unreal durch die gleichzeitige Aufwertung des schwachen ZW-Dollar gegenüber den meisten anderen Währungen, was dessen Position in Südafrika weiter untergrub. Die Kurse an der Johannesburger Börse (die größte Afrikas) gaben im März 2000 innerhalb von einer Woche vorübergehend um 18% nach – wahrscheinlich als Folge der Farmbesetzungen in Simbabwe. Ähnliches war an der malawischen Börse zu beobachten.
- Rückgang der internationalen und regionalen Investitionen in der SADC. Der durch die Kursverluste an den Börsen zum Ausdruck gekommene Vertrauensverlust der internationalen Geschäftswelt spiegelt sich auch im Rückgang der Auslandsinvestitionen in SADC-Ländern wider. Im ersten Quartal 2000 lagen diese um 40% niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahrs. Dies reduzierte auch die Wachstumsrate für die Region; besonders Binnenstaaten, wie Botswana, Malawi und Sambia, die Simbawes Verkehrsinfrastruktur nutzen, sind davon betroffen.
- Rückgang des regionalen Tourismus-Aufkommens. Das fehlende Ver-

trauen in eine Region schlägt sich sofort negativ in den Touristenzahlen nieder. In der SADC beginnen dies neben Simbabwe, wo der internationale Tourismus nahezu zum Erliegen gekommen ist, vor allem Botswana, Swasiland und Südafrika zu spüren.

Experten einer regionalen SADC-Monitoring-Gruppe befürchten, daß Simbabwe seine Stellung als zweites Schwungrad der SADC verlieren und so schnell auch nicht wieder gewinnen kann. Das Tempo und die Intensität der gesamten SADC-Integration werden sich daher verlangsamen.

Szenarien

Ausgangspunkt Wahlergebnis

Das Wahlergebnis wurde allenthalben als optimal eingeschätzt, weil es dem Präsidenten einiges an seiner diktatorischen Machtfülle nimmt und zugleich nicht zu einem Machtwechsel geführt hat. Die Befürchtungen vor der Wahl gingen einerseits dahin, daß die Opposition bei einem schlechten Ergebnis und offenkundiger Wahlfälschung eine Welle zivilen Ungehorsams mit dem Ziel der Unregierbarkeit hätte auslösen können. Andererseits gab es auch massive Furcht vor einem Bürgerkrieg, sollte ZANU-PF ihre Mehrheit im Parlament einbüßen. Gegenwärtig scheint es, als ob sich keine dieser düsteren Prophezeiungen bewahrheiten sollte. Aber welche Entwicklungen sind für Simbabwe in Zukunft unter den gegebenen Umständen im Bereich des Möglichen? Eine weitverbreitete Meinung ist, daß bezüglich Afrika zumeist der Pessimist recht behält. Ein Blick auf die gegenwärtige Lage in Simbabwe scheint auch eher pessimistische Einschätzungen zu bestätigen. Dennoch gibt es auch den einen oder anderen Hoffnungsschimmer. Im folgenden soll durch eine Kontrastierung einer apokalyptischen mit einer optimistischen Vision der Rahmen für die künftige Entwicklung in Simbabwe näher bestimmt werden.

Das Niedergangsszenario

Anhaltende Rechtslosigkeit

Obwohl es momentan den Anschein hat, als ob Simbabwe sich beruhigen sollte, bleiben einige Zweifel. Mugabe hat nach der Wahl zwar zur nationalen Versöhnung und Zusammenarbeit aufgerufen, doch sind bislang wenig Anzeichen für eine grundlegende Politikänderung festzustellen. Darüber hinaus sind auch weiterhin gewaltsame Übergriffe zu vermenden, und die Sicherheitskräfte lassen nicht erkennen, daß sie in Zukunft neutraler agieren werden. Folgende Entwicklungen sind besorgniserregend:

- Seit Anfang Juli 2000 kommt es zu systematischen Prügelorgien durch Armee und Spezialeinheiten der Polizei an abtrünnigen Wählern in den Vorstädten von Harare, deren Intensität eher noch zugenommen hat.
- Kriegsveteranen besetzen mit nunmehr offenkundiger Hilfe von Armee-Offizieren weitere Farmen und bedrohen die Besitzer. Der Verband der Großfarmer hat in einem Bulletin davor gewarnt, daß bei weiteren Besetzungen die landwirtschaftliche Produktion so weit zurückgehen könnte, daß Simbabwe Versorgungsprobleme drohen.
- Die Enteignungspolitik der designierten Großfarmen wird weiter vorangetrieben, obwohl Geber neue Verhandlungsbereitschaft angedeutet haben. Mugabe kann sich dem Druck der Kriegsveteranen und der Logik seiner eigenen Versprechungen nicht entziehen.

Wirtschaftspolitische Desorientierung...

Auch wirtschaftspolitisch macht die Regierung Mugabe wenig Anstalten, richtungsweisende und notwendige Entscheidungen zu treffen. Zwar verfügte der neue Finanzminister Makoni am 1. August 2000 eine Abwertung, die sich sukzessive fortsetzen soll, aber der Schwarzmarkt für

Devisen besteht weiter. Zudem genehmigte das Parlament am 8. September 2000 nach heftiger Debatte einen Nachtragshaushalt von 35 Mrd. ZW\$, was gut 50% des ursprünglichen Budgets entspricht. Den zusätzlichen Ausgaben stehen keine entsprechenden Einnahmen gegenüber, so daß letztlich das Budgetdefizit auf ungeahnte Ausmaße anschwellen wird – mit absehbaren Konsequenzen für Preisstabilität und Außenwert des Simbabwe-Dollars. Die dringend notwendigen Verhandlungen mit IWF, Weltbank und anderen Gebern haben zwar begonnen, sind aber erst im Vorstadium, und über neue Kreditlinien wurde nicht verhandelt. Auch unternimmt die Regierung nichts, um weitere Farmbesetzungen und damit eine zusätzliche Reduzierung der Agrarproduktion sowie der Deviseneinnahmen zu verhindern.

Die lange hinausgeschobene Abwertung des Simbabwe-Dollars hat ernsthafte Folgen für die simbabwische Wirtschaft, die durch die ersten Schritte in die richtige Richtung noch nicht ausreichend abgewiesen werden:

...und ihre Folgen

- Kapitalflucht und Deinvestition durch nationale und internationale Unternehmen wie auch durch Privatleute konnten bislang nicht gestoppt werden, so daß die industrielle Basis Simbabwes mittelfristig zerstört wird.
- Die Austrocknung der nationalen Devisenreserven, die bereits auf einem unerträglich geringen Niveau sind, hat zu weiteren Engpässen bei strategischen Importen (Treibstoff, Energie, Nahrungsmittel) geführt, die nicht mehr bezahlt werden können.
- Versorgungsengpässe gerade bei den für die Regierung sensiblen Grundnahrungsmitteln aufgrund von akuter Devisenknappheit sind absehbar.
- Produktionseinbußen in der Landwirtschaft, der verarbeitenden Industrie und im Bergbau ebenso wie der Rückgang des Tourismus steigern Arbeitslosigkeit, soziale Not und Unzufriedenheit.
- Ein zumindest partieller Zusammenbruch der Wirtschaft und allgemeine Versorgungsprobleme, die zu rapiden Preiserhöhungen und sozialen Unruhen führen, sind nicht mehr auszuschließen.

Simbabwes weiße Farmer haben aufgrund der Farmbesetzungen, der Treibstoff- und Stromknappheit und des ungünstigen Wechselkurses bereits rund 40% weniger Weizen als in normalen Jahren angebaut und werden auch in der kommenden Saison weniger Mais anbauen, da Düngemittel und Maissaaten nicht mehr in ausreichendem Maß bereitgestellt werden und die Preise zu unattraktiv sind. Das wird bereits zum Ende dieses Jahres zusätzliche Importe notwendig machen; momentan hat die Regierung jedoch dafür keine Devisen. Die Enteignung der rund 1750 bereits designierten Farmen hat begonnen und wird trotz der Einsprüche der betroffenen Farmer fortgesetzt. In Abwesenheit von Mugabe (er weilte auf einer Konferenz in Maputo) versuchte der neue Innenminister Nkomo, einige besetzte Grundstücke räumen zu lassen, wurde aber vom Präsidenten bei dessen Rückkehr zurückgepfiffen. Wenn die Regierung eine Verschlimmerung der Wirtschaftskrise vermeiden will, muß ihr an einer Normalisierung der Situation auf den Farmen und an einer Wiederaufnahme

Drohende Nahrungsmittelknappheit

	<p>der landwirtschaftlichen Produktion gelegen sein. Es ist absehbar, daß Simbabwe in naher Zukunft ein Problem mit der Grundnahrungsmittelversorgung bekommt und starke Exporteinbußen – besonders im Agrarbereich – wird hinnehmen müssen.</p>
Fabrikschließungen	<p>Vorübergehende Fabrikschließungen, wie Anfang Juli 2000 bei Willowvale Mazda Motors infolge fehlender Bauteile und mangelnden Absatzes, wird es in Zukunft verstärkt geben; etliche Schließungen können durchaus von dauerhafter Natur sein. Bereits heute liegt die Arbeitslosenquote in Simbabwe bei rund 60% der arbeitsfähigen Bevölkerung – sie wird in naher Zukunft aufgrund des wirtschaftlichen Abstiegs rapide steigen. Die sozialen Konsequenzen – steigende Armut, Hunger, Kriminalität – werden das Land wirtschaftlich weiter unterminieren.</p>
Anarchische Landreform	<p>Sollte Simbabwe die von den Kriegsveteranen in Gang gesetzte willkürliche und anarchische Landreformpolitik fortsetzen, droht auch eine mittelfristige landwirtschaftliche Katastrophe. Kaum einer der sogenannten Veteranen oder ihrer Mitläufer verfügt über landwirtschaftliche Erfahrung. Die rapide Ausweitung der Subsistenzwirtschaft und damit einhergehend unmittelbare Produktionseinbußen und mittelfristige Verödung landwirtschaftlicher Nutzfläche wären die unausweichlichen Folgen. Simbabwe würde seine strategische Fähigkeit verlieren, sich selbst zu ernähren und zur Versorgung seiner Nachbarn beizutragen.</p>
Verlust der Kreditwürdigkeit	<p>Diese Entwicklungen sind noch abwendbar, wenn es Simbabwe gelingt, seine Kreditwürdigkeit zurückzugewinnen und neue Kreditlinien zu erschließen. Dafür müßte die Regierung aber bereit sein, sich aus dem Kongo zurückzuziehen und ein ernstgemeintes wirtschaftliches Reformprogramm in Angriff zu nehmen. Ohne dieses Programm wird es kein Siegel der Bretton-Woods-Institutionen für Simbabwe geben und das Land mittelfristig zu einem Paria-Staat herabsinken. Im August 2000 hat der amerikanische Senat ein <i>Zimbabwe Democracy Bill</i> verabschiedet, das, wenn es auch vom Repräsentantenhaus gebilligt wird, drastische Sanktionen gegen Simbabwe verhängt. Das Gesetz fordert von der Regierung in Harare den Rückzug aus dem Kongo, die Wiederherstellung von Recht und Gesetz sowie eine transparente und gesetzlich abgesicherte Landreform. Die USA drohen mit dem Entzug von Handelsbegünstigungen, Kreditgarantien, jeglicher Entwicklungs- und Umschuldungshilfe sowie mit dem Verbot von amerikanischen Investitionen in Simbabwe. Die Chancen, daß dieses Gesetz in Kraft tritt, sind relativ groß.</p>
Kein grundlegender Politikwechsel absehbar	<p>Die Regierung Mugabe scheint nicht willens, aber auch nicht fähig zu sein, einen grundlegenden Politikwechsel einzuleiten. Die alles blockierenden Sachthemen sind die Farmbesetzungen durch die Kriegsveteranen, die Frage der Landreform und das militärische Engagement im Kongo. Ohne eine klare Restauration der Rechtsstaatlichkeit und eine geordnete, transparente Landreform werden kein Finanzinstitut und kaum ein Geber bereit sein, Simbabwe weiter zu unterstützen. Die Reformen blockierenden Persönlichkeiten sind Präsident Mugabe und Kriegsveteranenführer und Neuabgeordneter Hunzvi. Während Mugabe sich aufgrund seiner Persönlichkeitsstruktur nur schwer aus der Ecke befreien kann, in die er sich</p>

hat drängen lassen, benutzt Hunzvi die Veteranen machiavellistisch als Machtinstrument, das ihm Einfluß und Aufstieg ermöglicht. Ohne einen ehrenwerten Ausweg für Mugabe und die politische Einbindung und Neutralisierung von Hunzvi wird Simbabwe kaum zu einer rationalen Politik und Landreform zu bewegen sein. Der Rückzug aus dem Kongo scheint eher denkbar, da die SADC intensiv versucht, zu einer allen gerecht werdenden Lösung zu gelangen. Erschwerend kommt hinzu, daß in zwei Jahren Präsidentschaftswahlen anstehen und unklar ist, ob Mugabe noch einmal antritt. Kein ZANU-PF-Präsidentschaftskandidat kann jedoch ohne weiteres vom eingeschlagenen Weg der Farmenteignungen abgehen, ohne seine (geringen) Wahlchancen zu gefährden. Es ist kaum zu vermuten, daß zum vorgesehenen Wahltermin im Jahr 2000 auch andere bis dahin noch nicht enteignete Farmen die politische Begierde von Mugabe (oder seinem designiertem ZANU-PF-Nachfolger) wecken werden. Dies würde die aufgezeigten negativen Konsequenzen noch einmal verschärfen.

Der wirtschaftliche *melt-down* würde rasch zu sozialen Unruhen und verstärkten Protesten der Opposition führen. Ausschreitungen und Plündereien wie 1998 wären zu erwarten. Die Opposition würde versuchen, durch eine Welle zivilen Ungehorsams die Regierung zu Konzessionen oder gar zum Rücktritt (inklusive Präsident Mugabe) zu zwingen. Mugabes Reaktion könnten die Ausrufung des Ausnahmezustands und eine offene Präsidialdiktatur sein. Es ist jedoch fraglich, ob das Militär bei alledem mitspielt, gab es doch vor den Wahlen bereits Warnungen an den Präsidenten, die Verfassungsmäßigkeit der Wahlen und ihres Ergebnisses zu achten. Wie stark die auf Mugabe eingeschworenen Truppen sind und ob diese sich gegen die Armee-Führung stellen, das heißt einen Bürgerkrieg riskieren würden, mag dahingestellt bleiben. Die Kriegsveteranen würden in jedem Fall Mugabe unterstützen. Simbabwe droht bei einer Fortsetzung des gegenwärtigen Kurses eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe, die letztlich auch das Mugabe-Regime hinwegfegen wird.

Errichtung einer
Präsidialdiktatur

Das »Am-Ende-wird-alles-gut«-Szenario

Es ist – mit einigem Optimismus – allerdings auch eine andere Entwicklung denkbar. Danach verzögert sich der Anbruch einer Reformphase dadurch, daß Präsident Mugabe Zeit benötigt, einige der Geister, die er im Wahlkampf rief, wieder loszuwerden. Wenn er seine politische Handlungsfähigkeit zurückgewonnen hat, kann er auch die notwendigen wirtschaftlichen Reformen einleiten und die Gesetzlosigkeit auf den Farmen beenden. Die erste Maßnahme in dieser Richtung wird die Entmachtung von Hunzvi sein. Der Streit um die Führung des Kriegsveteranenverbands scheint anzudeuten, daß Hunzvis Stellung nicht mehr unangefochten ist. Eine weitere Maßnahme ist bereits eingeleitet worden: die Abwertung des Simbabwe-Dollars in mehreren Stufen, um simbabwische Exporte wieder konkurrenzfähig zu machen und den Kapitalabfluß zu bremsen.

Hoffnungszeichen

Stabilisierungs-
maßnahmen

Weitere Maßnahmen zur Stabilisierung der politischen Lage könnten sein:

- Verstärkte Zusammenarbeit mit der CFU mit dem Ziel einer einvernehmlichen Lösung der Landfrage und damit einhergehend eine vorsichtige Annäherung an westliche Geber und selbst an Großbritannien (ein erstes, wenngleich ergebnisloses Gespräch zwischen Mugabe und Blair fand während des UN-Millennium-Gipfeltreffens in New York Anfang September 2000 statt).
- Unterstützung des neuen, international anerkannten Finanzministers Simba Makoni, der in Verhandlungen mit IWF, Weltbank und EU Simbabwes Reformbereitschaft glaubhaft verkauft und rasch für neue Kreditlinien sorgt.
- Verkauf von Anteilen am simbabwischen Stromerzeuger Zimbabwe Electricity Supply Authority (ZESA) an die südafrikanische ESKOM, um alte Schulden zu begleichen und die Energieversorgung des Landes mittelfristig zu sichern.
- Abschaffung des Importmonopols für Treibstoff durch die National Oil Company of Zimbabwe (NOCZIM) und Liberalisierung des Treibstoffmarkts, um eine nachhaltige Versorgung durch private Firmen sicherzustellen.

Machtwechsel

Diese Maßnahmen könnten Simbabwes Wirtschaft stabilisieren helfen, die internationale Isolation überwinden und zugleich soziale und politische Unruhen vermeiden. Ob es ausreichen wird, daß Mugabe auch die für 2002 terminierten Präsidentschaftswahlen gewinnt, bleibt offen. Es ist unsicher, ob Präsident Mugabe zumindest einen Teil der urbanen Wählerschaft wiedererobert und zugleich die ländliche Bevölkerung mobilisieren kann. Für Simbabwes Zukunft wäre ein Machtwechsel jedoch nicht von Nachteil; ein neuer Präsident (Tsvangirai) würde mit einer parlamentarischen Mehrheit (er könnte die 30 ernannten Parlamentarier austauschen) einen moralischen und politischen Neuanfang wagen können. Die stabilisierte Wirtschaft wäre ein gutes Sprungbrett dafür. Nach den Beispielen von Sambia oder Benin zu urteilen, sind internationale Geber nur zu gerne bereit, einen demokratischen Neubeginn finanziell zu unterstützen.

Abschließende Bewertung

Tendenzen

Nach den bisherigen Erfahrungen mit der Torheit der Regierenden in Simbabwe ist nicht von einer langfristig den wirtschaftlichen und sozialen Problemen des Landes Rechnung tragenden Politik der neuen Mugabe-Regierung auszugehen. Für die wichtigsten Politikfelder ergeben sich daher Tendenzen, die in Tabelle 6 aufgezeigt werden.

Simbabwe taumelte in den letzten zwei Jahren von einer Krise in die nächste und hat dabei viel von seiner Wirtschaftskraft und innergesellschaftlichen Stabilität eingebüßt. Dennoch besitzt das Land noch immer ausreichend Potential, um bei einem Machtwechsel – allerdings darf dieser nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen – wesentliche der konstatierten Krisenphänomene überwinden zu können. Sicherlich wird es nur

schwerlich möglich sein, alle Ergebnisse der Landumverteilung wieder rückgängig zu machen; mit Unterstützung der Gebergemeinschaft können jedoch die größten Fehlentwicklungen (wahllose Landumverteilung, Behinderung produktiver Betriebe, Unterminierung der Investitionssicherheit, Aushöhlung des Rechtsstaats) durchaus noch korrigiert werden. Simbabwe wirtschaftliche Stärke hängt im wesentlichen von einem funktionierenden kommerziellen Agrarsektor ab. Daher sollte alles getan werden, um die Zerstörung dieses Sektors zu verhindern. Mit Mugabe an der Macht ist dies aus politisch-taktischen (eventuell auch ideologischen) Erwägungen nicht mehr möglich. Die Hoffnung für Simbabwe liegt zunächst vor allem in einem Machtwechsel.

Tabelle 6
Mittelfristige politische Szenarien (2000–2002)

<i>Politikbereich</i>	<i>Plausibelstes Szenario</i>	<i>Langfristige Auswirkungen</i>
Landreform	Weiterführung der zwangsweisen und entschädigungslosen Enteignung von weißen Farmen bis zu einem potentiellen Machtwechsel. Infrastrukturelle Investitionen in den Umsiedlungsgebieten bleiben weitgehend aus. Die Umsiedler sind nur marginal in kommerzieller Landwirtschaft ausgebildet.	Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion. Rückgang der Deviseneinnahmen. Zunahme der Bodenerosion in den Umsiedlungsgebieten. Zunahme von Nahrungsmittelimporten.
Rechtsstaatlichkeit	Graduelle Eindämmung der gewaltsamen Farmbesetzungen. Rückführung eines Teils der besetzten Farmen an die ursprünglichen Besitzer. Strafrechtliche Verfolgung von einigen Kriegsveteranen. Überkompensation der Polizei bei der Verfolgung anderer Straftaten.	Restauration von Rechtsstaatlichkeit. Potentielle Investoren fassen vorsichtig wieder Vertrauen. Stabilisierung der verbliebenen landwirtschaftlichen Produktion.
Politische Gewalt	Abnahme der politisch motivierten Gewalt bis kurz vor der Präsidentenwahl. Eskalation der politischen Gewalt im Wahlkampf um die Präsidentschaft.	Beruhigung der innenpolitischen Szenerie. Pragmatische politische Arbeit im Parlament. Erneute internationale Vertrauenskrise. Zunahme der sozio-ökonomisch motivierten Gewalt (Verbrechen).

<i>Politikbereich</i>	<i>Plausibelstes Szenario</i>	<i>Langfristige Auswirkungen</i>
Kongo-Intervention	Verbleib simbabwischer Truppen bis zu einem endgültigen Friedensschluß. Sicherung der Diamantenminen. Vermeidung von Kampfhandlungen. Zunehmender Druck der SADC auf eine Lösung des Konflikts.	Hohe Kosten für den Staatshaushalt. Anhaltend hohes Budgetdefizit. Hohe Inflationsraten. Hohes Zinsniveau.
Abwertung	Kontrollierte und graduelle Abwertung. Unzureichende Abwertung, da keine Freigabe des Wechselkurses.	Sinkende Exporteinnahmen. Reduzierung der Devisenreserven. Anhaltende Versorgungsengpässe. Weiterbestehen eines Schwarzmarkts.
Privatisierung	Beibehaltung des Status quo bei ZESA und Posts and Telecommunications Corporation (PTC).	Engpässe bei der Strom- und Treibstoffversorgung.
Verhältnis zu IWF und Weltbank	Vorsichtige Annäherung. Abkommen über Begleichung der aufgelaufenen Zahlungsrückstände bei der Weltbank. Verhandlungen über neues Beistandsabkommen.	Verbesserung der Kreditwürdigkeit. Stabilisierung der Devisenreserven. Umschuldung von aufgelaufenen Schuldendienstzahlungen.

Handlungsoptionen für EU und Bundesregierung

Was können die EU und die Bundesregierung unternehmen, um zu einer Stabilisierung der Verhältnisse in Simbabwe beizutragen? Vier Möglichkeiten stehen offen:

Vier Optionen

1. Zunehmende internationale Ächtung und wirtschaftliche Isolation des Regimes, bis Mugabe einlenkt und sich zu einer rationalen und rechtsstaatlichen Politik verpflichtet. Eine solche Politik wäre zwar durchführbar, hätte aber den erheblichen Nachteil, daß darunter nicht so sehr die politische Elite als vielmehr das einfache Volk zu leiden hätte. Zudem würde damit Simbawwes Wirtschaft so schwer geschädigt, daß eine Erholung auch nach einem Machtwechsel nur unter großen Kosten möglich wäre. Nadelstiche, wie etwa die Intervention der britischen Regierung beim letztlich gescheiterten Versuch eines arabisch-simbabwischen Konsortiums (an dem auch Mugabe beteiligt gewesen sein soll), sich an der Londoner Börse notieren zu lassen, um Mittel für die Ausbeutung einer Diamantenmine im Kongo zu erwerben, schicken auch eine Botschaft an die Regierung Mugabe.

Ächtung und Isolation – nicht empfehlenswert

2. Angebot eines wirtschaftlichen Rettungspakets gegen gewisse, eher weiche Auflagen. Diese Vorgehensweise würde der Regierung Mugabe den Weg zurück an den Verhandlungstisch ebnen und sicherlich zu Konzessionen auch der simbabwischen Seite bei der Durchführung der Landreform führen. Eine Konzession dürfte in der Frage der Kompensation der enteigneten Farmen zu erzielen sein, da hier bereits von seiten Südafrikas, der skandinavischen Länder, Saudi-Arabiens und der UN-Finanzierungsangebote auf dem Tisch liegen. Der Vorteil dieser Option liegt darin, daß die wirtschaftliche Substanz Simbawwes damit geschont und zumindest weitgehend erhalten bleibt und dadurch die negativen sozialen Auswirkungen begrenzt bleiben. Der Nachteil der Option besteht darin, daß Präsident Mugabe und seine Partei dadurch in ihrer Herrschaft stabilisiert werden. Ein Rückfall in irrationale Verhaltensweisen ist bei Mugabe nicht ausgeschlossen. Diese Option ist somit empfehlenswert, soweit nicht zu viele Konzessionen an Mugabe gemacht werden.

Konditioniertes Rettungspaket – bedingt empfehlenswert

3. Intensivierung der Zusammenarbeit mit armutsbekämpfenden NRO. Diese Option sollte – als Ergänzung zu jeder anderen Strategie – in jedem Fall wahrgenommen werden, da sie die einzige direkte Möglichkeit darstellt, der Bevölkerung zu helfen und nicht in den Verdacht zu geraten, letztlich das Regime zu stabilisieren. Das Problem besteht in der Identifizierung geeigneter NRO und erfolgversprechender Ansätze. In diesem Zusammenhang mag eine 1999 erstellte Studie der deutschen Sozialwissenschaftlerin Sabine Fiedler-Conradi¹² bei der Einschätzung hilfreich sein. (→ empfehlenswert).

Konzentration auf Armutsbekämpfung – empfehlenswert

¹² Sabine Fiedler-Conradi, Der Beitrag der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zur Armutsbekämpfung in Simbabwe. Studie erstellt im Auftrag der GTZ; zweite, erweiterte und überarbeitete Fassung; Harare, Dezember 1999.

Vorsichtige Demokratieförderung – empfehlenswert

Beginn einer vorsichtigen Demokratieförderung in Zusammenarbeit mit geeigneten NRO und den politischen Stiftungen. Eine solche Option sollte wahrgenommen werden, wenngleich hier immer die Gefahr besteht, in die Illegalität abgedrängt zu werden oder politischer Verfolgung ausgesetzt zu sein. Die Verbreitung demokratischer Ideale und einer demokratischen politischen Kultur in Simbabwe – und hier vor allem auf dem Land – würde mittel- bis langfristig zu einer Stabilisierung der politischen Szenerie beitragen. Als Vorbild mag hier das von der EU finanzierte und von der GTZ ausgeführte Projekt zur Demokratieförderung in Malawi dienen. Diese Option ist empfehlenswert als Ergänzung zu jeder anderen Strategie.

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
CFU	Commercial Farmers Union
CZI	Confederation of Zimbabwe Industries
DR Kongo	Demokratische Republik Kongo
ESAP	Economic Structural Adjustment Programme
ESKOM	Electricity Supply Commission
EU	Europäische Union
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
IWF	Internationaler Währungsfonds
MDC	Movement for Democratic Change
NCA	National Constitutional Assembly
NOCZIM	National Oil Company of Zimbabwe
NRO	Nichtregierungsorganisation
OAU	Organization for African Unity
PF-ZAPU	Patriotic Front – Zimbabwe African People's Union
PTC	Posts and Telecommunications Corporation
SADC	Southern African Development Community
UNDP	United Nations Development Programme
ZANU-PF	Zimbabwe African National Union – Patriotic Front
ZCTU	Zimbabwe Congress of Trade Unions
ZESA	Zimbabwe Electricity Supply Authority
ZIMPREST	Zimbabwe Programme for Reconstruction and Economic and Social Transformation
ZNCC	Zimbabwe National Chamber of Commerce